



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Ausgabe 1 / 1981

16. Jahrgang

Bundesdelegiertentag 1980

Geschäftsbericht
vom BDT '80

Seite 2

Aktionsprogramm
der 80er Jahre

Seite 5

Aus den
Arbeitsgruppen
EWS/EDS
UFe/UD

Seite 6

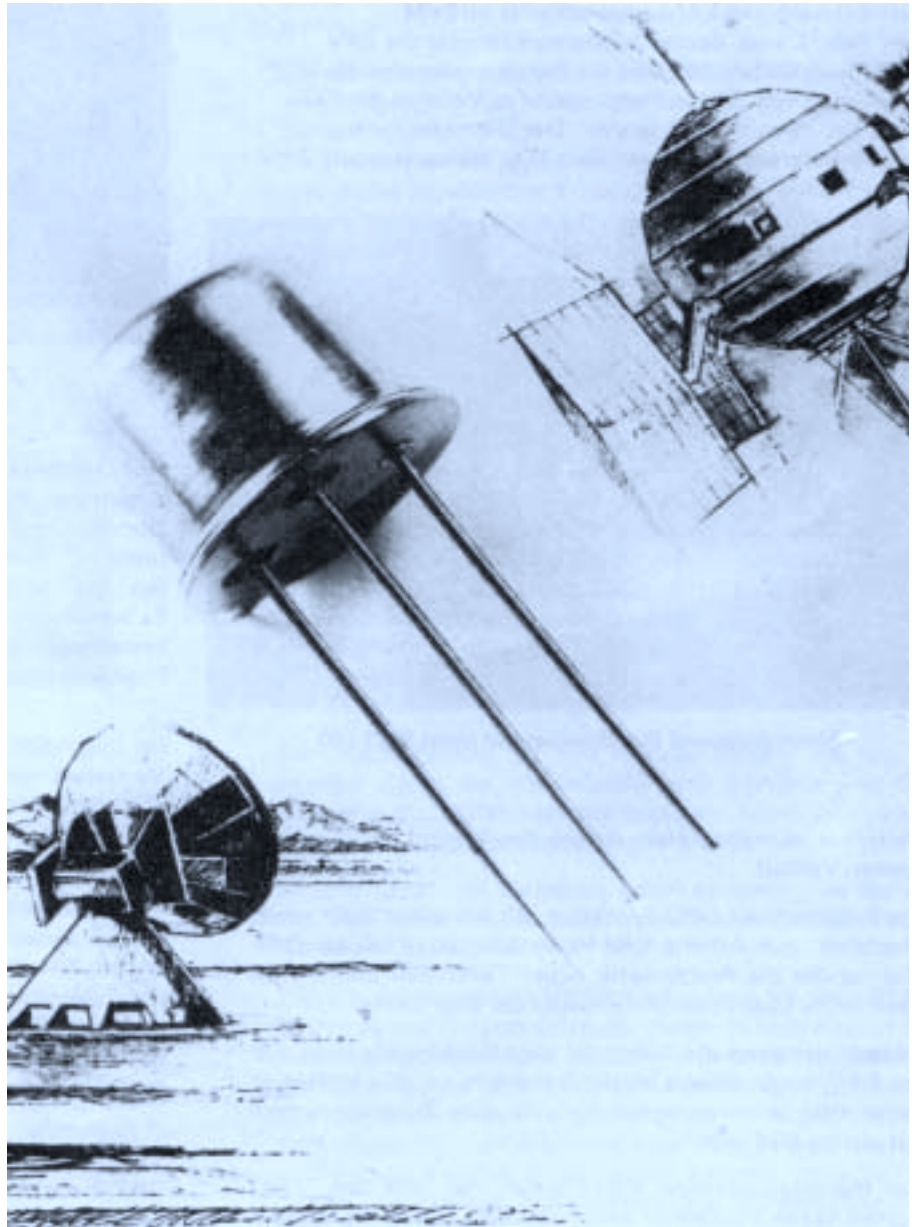
Gründung
der Arbeits-
gruppe Pt

Seite 6

Aus den
Bezirken

Seite 7

Redaktions-
schluß für
Ausgabe II/81:
15. 04. 1981



Nicht nur für den Satellitendirekttempfang ist dieser neue monolithische Breitbandverstärker (40 MHz bis 1 GHz) aus Galliumarsenid geeignet. Der CGY 21 von Siemens – hier im TO-5-Gehäuse (vgl. Aufnahme) – ist nach Angaben des Herstellers auch für Meßgeräte und dergleichen konzipiert.

(Siemens-Pressbild)

Der Bundesdelegiertentag der VDFP vom 26. bis 28. Nov. 1980

in Frankfurt/Main

Der 1. Sitzungstag begann um 14.00 Uhr und konnte sowohl eine stattliche Gästeliste als auch eine Vielzahl an Delegierten aufweisen. Die Eröffnung der Sitzung und die Begrüßung der Versammlung erfolgte durch den Vorsitzenden der BV Hessen, *Josef Rieger*, der alle Teilnehmer willkommen hieß und die Ehrengäste vorstellte. Als Gäste konnten begrüßt werden:

Herr Dipl.-Ing. Albensöder, Präsident der OPD Frankfurt
Herr Dipl.-Ing. Stingel, Vize-Präsident der OPD Frankfurt
Herr Dipl.-Ing. Eisenhut, Haupt-Abt.-Leit.d.FTZ Darmstadt
Herr Dipl.-Ing. Lorenz, AV des TA Frankfurt
Herr Dipl.-Ing. Kufert, AV des FA 1 Frankfurt
Herr Dipl.-Ing. Henkel, AV des FA Taunus (Verband der höheren Postbeamten)
Herr Eckhard Jüchs, Hauptpersonalrat im BPM
Herr Peter Lange, Stellv. Bundesvorsitzender des BPV
Herr Jakob Weber, Mitglied des Bundesvorstandes des VDPI
Herr Georg von Raison, Herausgeber u. Verleger der Zeitschrift "Der Deutsche Techniker"
und als Referent des Tages: Herr PDir Walter Hustedt, BPM




Ehrengäste und Bundesvorstand beim BDT '80

Da die analytische Bewertung des BfT/BPt-Dienstes in weite Ferne gerückt ist, sollte über Weiterbildungsmaßnahmen die Erreichung eines neuen Berufsbildes angestrebt werden. Die Anerkennung zum staatlich geprüften Techniker könnte somit zur logischen Folge in der Entwicklung des BfT/BPt-Dienstes werden. Besondere Betonung lag auf seinen Worten: "Der Beamte im mittleren technischen Dienst ist bereits heute der Techniker der DBP."




Bundesvorsitzender Karl Fischer

Auf das neue Spitzenamt im mittleren technischen Dienst eingehend, sagte Herr Fischer, daß die Einrichtung der Dienstposten A 9 plus Zulage, allein zu wenig seien und nicht zur Befriedigung anstehender Bedürfnisse der gesamten Kollegen im mittleren technischen Dienst ausreiche. Es werden auch hier von ihm weitere wirtschaftliche Verbesserungen gefordert. Diese sollte von Grund auf zu einer insgesamt gerechteren Besoldung führen. 

Im folgenden Tagungsordnungspunkt stand das Referat des Vertreters des BPM, *Herrn Walter Hustedt*, an. Als erstes überbrachte er die Grüße an die Versammlung von unserem Minister Kurt Gscheidle, Staatssekretär Elias und der gesamten Abteilung 3 im BPM.

In seinem Referat sprach er über personelle und besoldungsmäßige Auswirkungen zukünftiger Techniken, auch speziell im BfT/BPt-Dienst, wobei er momentan gravierende Privatisierungskampagnen gegenüber der DBP strikt ablehnte. Er meinte jedoch aufgrund der derzeitigen Marktlage auch weiterhin einen Zwang zur Rationalisierung zu sehen, sofern dies in des Wortes Bedeutung "vernünftig" sei.

 Informationen und Detailunterlagen können bei der Redaktion angefordert werden.

Herausgeber: Eifert Druck und Verlag GmbH, 7768 Stockach 1 im Auftrage der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. - Der Bundesvorstand - 6000 Frankfurt am Main 1, Postfach 4524. Bezugspreis: durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Verantwortliche Redakteure:
F.J. Hermkes, Lange Hecke 7, 4044 Kaarst 1, Tel. 0211/4490612;
Waldemar Hörle, Gerh. Hauptmann Ring 137, 6000 Frankfurt 50, Tel. 0611/571655, dienstl. 06196/4782751.

Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP und der Redaktion dar.

Bei einer Gegenüberstellung von öffentlichen Meinungen zum Beamtentum werde eine allzuoft pauschale Kritik und Verunglimpfung der Beamten vorgenommen. Er versicherte jedoch, daß trotz ständiger Schwierigkeiten gegenüber Finanzminister und dem Bundesrechnungshof ausreichende Bemühungen des BPM zur Zufriedenstellung der Bediensteten vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang sei herauszustellen, daß beispielsweise im Jahre 1980 ca. 6.000 Beförderungen und ein Personalzuwachs von 2.500 Dp auf etwa 41.500 Dp im mittleren technischen Dienst zu erwarten sind. Dies sei möglich, da Ersparnisse aus Rationalisierungsmaßnahmen zur Ausschüttung für Beförderungen verwendet werden. Außerdem seien zur Verbesserung des Berufsbildes neue Einführungs- und Ausbildungsverfahren für den BfT/BPt-Beamten vorgesehen, getrennt nach verschiedenen Techniken.




Referent des BPM PDir Walter Hustedt

Zum Punkt des Verwendungsaufstieges soll im März 1981 der nächste Aufruf erfolgen, bei dem – unter Vorbehalt – bis zu 300 Kollegen profitieren könnten.

Bei der Einführung des neuen Spitzenamtes A 9 + Z können bis zu 30 % aller A 9-Dienstposten berücksichtigt werden, dies wird lt. seiner Aussage nicht in vollem Umfang erreicht werden, da bisher tatsächlich erst 16 % zur Verfügung stehen und der Rest mit einer Sperre beim BMF belegt ist.

Ferner wies Herr Hustedt darauf hin, daß z. Z. ca. 850 F-Handwerker (darunter auch Ang) die Voraussetzungen für eine Übernahme ins Beamtentum erfüllen, diese aber ablehnen und dadurch im BfT/BPt-Dienst mehr als 1.800 Beförderungsmöglichkeiten verlorengehen.

In seinen abschließenden Worten betonte Herr Hustedt, den Menschen am Arbeitsplatz zukünftig wieder in den Mittelpunkt zu stellen.


Das Schlußwort des 1. Tages sprach wieder der Vorsitzende der BV Hessen, er bedankte sich noch einmal bei den Gästen für ihr Erscheinen und speziell beim Referenten, für seine interessanten Ausführungen. Er beschloß gleichzeitig den 1. Tag der Sitzung. 

Der 2. Sitzungstag wurde durch den Bundesvorsitzenden Karl Fischer eröffnet. Die vorliegende Tagesordnung wurde verlesen und einstimmig von der Versammlung genehmigt. Der vorliegenden Geschäftsordnung für den BDT 80 wurde stattgegeben und mit der Führung der Tagesleitung folgende Kollegen betraut: B. P. Reimann, K. Wetzlar, R. Klein, G. Huber, R. Rieser.

Die Wahl der Antragskommission wurde vorgenommen und der Empfehlung des Bundesvorstandes wurde entsprochen, da diese Kollegen schon am 25. 11. 80 mit der Beratung der Anträge beschäftigt waren. Folgende Kollegen waren in der Antragskommission: F. Roschkowski, P. Kutz, A. Thoms, B. Pletschacher, H. Eßler, H. Bellgard, F. Hermkes.

Für die Wahl- und Mandatsprüfungskommission wurden folgende Kollegen gewählt: H. Dissen, H. Mentrup.

Sie stellten fest, daß bei der Überprüfung von insgesamt 119 Delegiertenkarten 83 ordentliche Delegierte, 20 Gast-Delegierte und 16 Kollegen vom Bundesvorstand anwesend waren.

Der Bericht des Bundesvorstandes wurde von Karl Fischer vorgetragen. Er schilderte die umfangreiche Arbeit der zurückliegenden 2 Jahre, wobei er in diesem Zusammenhang eine mehr als gute Zusammenarbeit mehrerer Kollegen und deren persönliches Engagement hervorhob. Auch fand er lobende Worte für die Einrichtung der Geschäftsstelle mit sparsamsten Mitteln sowie für die vielen Helfer im Bundesvorstand und aus der BV Hessen, die mit Rat und Tat zur Seite standen. 


Für den Arbeitskreis Werbung und Information sprach deren Vorsitzender, Andreas Damian. Es wurden 30 verschiedene Anträge vom BDT 78 bearbeitet, von denen 9 schriftlich beim BPM zur Vorlage kamen und 7 als Arbeitspapier ihre Verwendung fanden.

Als wesentlichster Punkt der Werbung sei die Gründung der BV Münster zu nennen, da sich hierdurch allmählich der Kreis der Bezirksvereinigungen schließt. Lediglich die Gründungen der BV Köln und Regensburg stehen noch offen, da hier die allgemeine Lage für die VDFP momentan noch etwas schwierig ist.


Nach Abschluß seines Berichtes wurde die Verlosung für die Werbeaktion 1980 vorgenommen. 


Den Kassenbericht gab der Kollege Scheiterlein ab. Ihm wurden durch die Kassenprüfer eine korrekte und übersichtliche Kassenführung bestätigt. Sie beantragten gleichzeitig, dem Kassierer Entlastung zu erteilen.


Sodann gaben die einzelnen Arbeitsgruppen ihre Berichte ab, von denen hier nur die wichtigsten Punkte erwähnt werden sollen.


Für die Arbeitsgruppe VDFP-Nachrichten forderte Kollege Hermkes mehr Unterstützung durch Informationen und Fachbeiträge. Nochmals wurde von ihm die Neugestaltung der Zeitung und eine andere Aufmachung angesprochen. Die zu erwartende Verteuerung wollte er mit Kostendeckung durch Inserenten auffangen. Da keine grundlegende Einigung hierüber erzielt wurde, kam der Vorschlag zum Tragen, probeweise ein umgestaltetes Musterexemplar in Auftrag zu geben. 

Für die Arbeitsgruppe UFe sprach der Kollege Dissen über die zunehmende UFe-Flucht, bedingt durch die steigende Unzufriedenheit der in diesem Bereich beschäftigten Kräfte. Ratio-Maßnahmen und Personalfestschreibungen, die hier in verstärktem Maße zum Tragen kamen, waren dafür mitverantwortlich. Dies alles war gepaart mit der insgesamt schlechten Bewertung im Bemessungsbereich 383 UFe. Er sprach in diesem Zusammenhang von einer "Vernichtungs-

aktion“ UFe und daß diese unbedingt gestoppt werden müsse. Als Lösung wurden Bewertungsverbesserungen von ihm gefordert. 

Zur Arbeitsgruppe PIL gab der Kollege Eßler eine kurze Information über den Stand der Untersuchungen der Org Richtl. 431 und die dazugehörigen Bemessungsunterlagen. Ferner erreichte uns zu diesem Thema ein Anruf des FTZ in Darmstadt, daß wir zwecks Überarbeitung der Mängelanalyse 431/PIL im Hause vorsprechen sollten. 

Zur Arbeitsgruppe Pt nahm der Kollege Jürgen Haas Stellung. Er sprach von einer Überarbeitung der OrgRichtl. Pt und daß für Dezember 1980 ein Gespräch mit Vertretern des BPM vorgesehen ist. 

Zur Arbeitsgruppe BLV hatte der Kollege Peter Behrend aus Berlin ein umfangreiches Referat ausgearbeitet. In diesem Referat zeigte er Möglichkeiten auf (u.a. auch durch eine Übersichtstafel), langfristig, durch Umstellung unserer Fernmeldeschulen als Technikerschulen, die Technikerlaufbahn zu erreichen. 

In der anschließenden Aussprache über die vorhergehenden Tagesordnungspunkte wurde der Wunsch nach einer Tätigkeitsneuordnung im mittleren technischen Dienst laut, um unseren Zielen näherzukommen. Diese soll eine Abschichtung von Tätigkeiten in den A-Dienst enthalten, um das Eingangsamt anzuheben und eine Ausuferung unserer Laufbahn zu vermeiden. Gleichzeitig sollen höherwertigere Tätigkeiten zwecks neuer Verzahnung dazu gewonnen werden. Der nächste Tagesordnungspunkt brachte die Entlastung des gesamten Bundesvorstandes; sie wurde auf Antrag einstimmig ausgesprochen.

Bei den nun anstehenden Wahlen zum Bundesvorstand wurden folgende Kollegen gewählt:

Bundesvorsitzender Karl Fischer (BV Hessen), Frankfurt
F.: d. 0611 / 211 33 90
F.: p. 0611 / 73 48 87

Stellvertretender Peter Behrend (BV Berlin), Berlin
Bundesvorsitzender F.: d. 030 / 691 66 25
F.: p. 030 / 832 64 02

2. Stellvertreter Andreas Damian (BV Rheinland), Bendorf
F.: d. 0261 / 490 46 92
F.: p. 02622 / 34 34


1. Schriftführer Bernd-Peter Reimann (BV Hessen), Frankfurt
F.: d. 0611 / 211 42 91
F.: p. 0611 / 63 92 83

1. Kassierer Hermann Scheiterlein (BV Hessen), Frankfurt
F.: d. 0611 / 211 33 46
F.: p. 0611 / 277 72 78

2. Schriftführer Franz Hermkes, Kaarst
2. Kassierer Kurt Wetzlar

Bei der Nominierung der Beisitzer mußte durch Stichwahl entschieden werden, welche der 11 Kandidaten die neuen Beisitzer-Posten bekleiden werden.


Mit dem Amt wurden betraut:

Walter Nickel (Bremen), Harro Enzensberger (Kempten), Paul Kutz (Hamburg), Gerhard Huber und Richard Rieser (Mannheim), Franz Roschkowski (Dortmund), Erwin Wehner (Hessen) und Hans Maier (Nordwürttemberg), Klaus Jürgen Haas (Freiburg). 

Als Kassenprüfer wurden gewählt:

Für die Kasse des Bundesvorstandes die Kollegen Busch und Glaser.

Über 42 Anträge wurde, wie bereits berichtet, am 25. 11. beraten. Als Arbeitspapier wurden 25 dieser Anträge den entsprechenden Arbeitsgruppen zur Verfügung gestellt. Dem Bundesvorstand wurden 14 Anträge zugeleitet. Ein Antrag wurde abgelehnt und 7 zurückgezogen oder als erledigt abgelegt.

Ein Initiativantrag der BV Hamburg wurde angenommen. Er beinhaltet das Problem: Handwerker auf Beamten-dienstposten nach Ablegung der Laufbahnprüfung und Verweigerung der Übernahme ins Beamtenverhältnis. Danach sollen Handwerker, die nach Ablegung der Laufbahnprüfung die Übernahme ins Beamtenverhältnis ablehnen nur in einer dem BfE-Eingangsamt entsprechenden Lohngruppe eingestuft werden. 

Zum Abschluß der Tagung ergab sich unter Punkt "Verschiedenes" noch eine lebhafte Diskussion, die mit den besten Vorsätzen für die künftigen Aufgaben sowohl in den Bezirksvereinigungen als auch im Bundesvorstand beendet wurde.

Das Schlußwort sprach der Bundesvorsitzende Karl Fischer, der sich bei den Delegierten für ihre Mitarbeit bedankte.

Auszug aus dem Geschäftsbericht des Bundesvorstandes

Die nach der Neuwahl des Bundesvorstandes stattgefundene Beratung der Anträge kann aus Platzgründen hier nicht erfolgen. Interessierte Kollegen bitten wir, sich mit den Delegierten in Verbindung zu setzen. Über die Erledigung der Anträge berichten wir in den VDFP-Nachrichten.

Berichtszeitraum:

27./28./29. September 1978/1979 (Bundesdelegiertentag 1978) bis zum

26./27./28. November 1980 (Bundesdelegiertentag 1980)

Sitzungen des Bundesvorstandes im Berichtszeitraum:

1. Konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes am 25. November 1979
2. 23. Juni 1979

3. 17. November 1979
4. 12. Januar 1980
5. 07. und 08. März 1980
6. 28. Juni 1980
7. 17. und 18. Oktober 1980

Vorsitzendentreffen:

17. und 18. Mai 1979 in Xanten
24. und 25. April 1980 in Dortmund

Tagungen der Arbeitsgruppen:

- Arbeitsgruppe Fus am 29. 01. 79
- Arbeitsgruppe FeE am 14. 02. 79
- Arbeitsgruppe PIL am 02. und 03. 03. 79
- Arbeitsgruppe BLV am 21. 06. 80
- Arbeitsgruppe FeÜ am 04. 07. 79
- Arbeitsgruppe UFs/UD am 20. 07. 79
- Arbeitsgruppe TBz am 11. 02. 80

Arbeitsgruppe FeE am 07. und 08. 03. 80
 Arbeitsgruppe PIL am 30. und 31. 05. 80
 Arbeitsgruppe UD am 10. 07. 80
 Arbeitsgruppe EDS am 11. und 12. 09. 80
 Arbeitsgruppe Pt am 26. 09. 80

Rundschreiben:

14. Oktober 1978	18. Februar 1980
09. Dezember 1978	25. Februar 1980
20. Dezember 1978	07. April 1980
30. Januar 1979	30. April 1980
03. März 1979	29. Mai 1980
23. März 1979	22. Juni 1980
18. April 1979	07. Juli 1980
31. Mai 1979	25. Juli 1980
27. Juli 1979	11. August 1980
11. August 1979	19. August 1980
15. September 1979	15. September 1980
27. Januar 1980	12. Oktober 1980

Wichtigster Schriftverkehr:

Protesttelegramm an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, Heinrich Windelen, vom 12. 12. 1978 betr. Forderung nach Einbeziehung des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes in die Polizeizulage von DM 225,—.

Schreiben des Bundesvorstandes vom 23. April 1979 an das Bundespostministerium und das Bundesinnenministerium; betr. Forderung nach Schaffung einer Amtszulage in Höhe von DM 225,—.

Stellungnahme des Bundesvorstandes an das Bundespostministerium vom 28. Mai 1979; betr. Probebemessung 431 (PIL).

Protesttelegramm an Bundespostminister Kurt Gscheidle vom 05. Juli 1979; betr. Schaffung eines neuen Spitzenamtes A 10 sowie sofortige Zuweisung von Planstellen zur Abdeckung des Planstellenpuffers.

Schreiben des Bundesvorstandes vom 16. Juli 1979 an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, des Aus-

schusses für Verkehr und für Post- und Fernmeldewesen des Deutschen Bundestages, den Innenausschuß des Deutschen Bundestages, die Fraktionen der SPD, CDU/CSU und F.D.P. im Deutschen Bundestag, den Bundespostminister, den Bundesinnenminister sowie den Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost; betr. sofortige Zuweisung von Planstellen zur Abdeckung des Planstellenpuffers, Wegfall des Eingangsbesoldungsamtes A 5, Schaffung eines Spitzenamtes A 10.

Schreiben des Bundesvorstandes an das MdB Helmuth Becker (Nienberge) vom 27. Juli 1979; betr. Situation im BFt-Dienst.

Schreiben des Bundesvorstandes vom 15. August 1979 an das BPM; betr. Anhang 362 (Fus) zur DABemÄ.

Schreiben des Bundesvorstandes vom 07. September 1979 an das BPM; betr. Anhang 412 (FeÜ) zur DABemÄ

Schreiben des Bundesvorstandes vom 03. Dezember 1979 an das BPM; betr. Lötzulage für Beamte analog den Tarifkräften

Stellungnahme des Bundesvorstandes zum Anhang 412 (FeÜ) vom 04. Dezember 1979 an das BPM

Schreiben mit Protestresolution vom 06. Februar 1980 an die Fraktionen von SPD, CDU/CSU und F.D.P. im Deutschen Bundestag, den Innenausschuß und den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Schreiben des Bundesvorstandes vom 31. 03. 80 an das BPM; betr. Stellungnahme TBz

Schreiben des Bundesvorstandes vom 16. Juli 1980 an das BPM; betr. Personalbemessung im BemBer 383 (UFe)

Stellungnahme der Arbeitsgruppe PIL vom 05. August 1980 an das BPM

Schreiben des Bundesvorstandes vom 14. September 1980 an das BPM; betr. Personalbemessung UFe. an

Im Berichtszeitraum ausgehende postalische Sendungen beim Bundesvorstand, insgesamt 2.124.

Aktionsprogramm der 80er Jahre

Forderungskatalog

Abkehr vom bestehenden Laufbahnsystem, das sich nur an schulischen Bildungsabschlüssen orientiert —

Neuzuordnung der Tätigkeiten zu den einzelnen Laufbahnen, da sich alle Bildungsabschlüsse grundlegend geändert haben —

Einrichtung berufsbezogener Laufbahnen —

Durchlässigkeit des bestehenden starren Laufbahnsystems —

Laufbahnüberschreitende Bewerbungen und Besoldungen —

Wegfall der Besoldungsgruppe A 5 als Eingangsamt —

Einrichtung der Technikerlaufbahn mit Einstufung im Besoldungsgefüge von A 8 bis A 11 (Durchstieg-, Aufstieg- und Einstiegmöglichkeiten) —

Als Übergangslösung: Zahlung einer echten Technikerzulage, ohne Anpassung der Amts- und Stellenzulage, von DM 250,— für alle Beamten des mittleren technischen Dienstes —

Umstellung unserer Fernmeldeschulen auf Fachschulen der Nachrichtentechnik mit einheitlichem Stoffplan im Sinne der "Rahmenvereinbarungen der KMK" für Fachschulen —

Kürzung der Arbeitszeit oder Zahlung einer Zulage bei Tätigkeiten in fensterlosen, klimatisierten, technischen Betriebsräumen —

VDFP und mittlerer technischer Dienst gehören zusammen

Aus den Arbeitsgruppen

Arbeitstagung des Arbeitskreises EWS-EDS in Frankfurt-Bockenheim, vom 11. 9. 80, 9.30 Uhr bis 12. 9. 80, 16.30 Uhr.

Teilnehmer: Herr Huber
Herr Allgaier
Herr Hackspacher
Herr Rauscher
Herr Prieg
Herr Ehrhard

Erstellen des Protokolls: Heinrich Ehrhard

Ergebnisprotokoll

Themen:

Zusammenfassung der neuen Techniken

- | | |
|--|---------|
| 1. Elektronisches Wählsystem O-VSt | EWSO |
| 2. Digitales Vermittlungssystem | DIV |
| 3. Elektronisches Daten-Vermittlungssystem | EDS |
| 4. Paketvermittlungsstelle | Datex-P |

Vergleich der betrieblichen Abläufe zueinander. Auswirkungen und Anforderungen auf das Personal, bezogen auf den Bereich der Kräftegruppe BFt.

G. Huber 

Gründung der Arbeitsgruppe Pt

Am 26. 9. 1980 waren auf Anregung des Bundesvorstandes Pt-Mitglieder aus den Bezirken Bremen, Freiburg und Saarland zur VDFP-Geschäftsstelle nach Frankfurt eingeladen worden.

Hauptziel des Zusammentreffens war die Gründung der Arbeitsgruppe Pt.

Nach der Eröffnung der Tagung und Begrüßung durch den Beisitzenden Pt des Bundesvorstandes, Erich Bourgett, zeichnete Bundesvorsitzender Karl Fischer in einem Kurzreferat Wege auf, wie sich eine Arbeitsgruppe erfolgreich für die Belange ihres Fachbereiches einsetzen kann.

Im Anschluß an die persönliche Vorstellung der Tagungsteilnehmer teilte sich dies auf in die Aufgabenbereiche Kraftfahrtechnik und Maschinenteknik. Die Nominierung ergab

für den Bereich Kraftfahrtechnik:

Alois Finkler (BV Saarland),
Manfred Joppe und Werner Zumsande (BV Bremen)

für den Bereich Maschinenteknik:

Klaus-Jürgen Haas (BV Freiburg)
Edelbert Keller (BV Saarland)

Beide Gruppen erarbeiteten dann für ihren jeweiligen Bereich einen Problemerkatalog, den man zur Koordinierung an den Bundesvorstand senden will, mit der Bitte um Weiterleitung an die zuständigen Referate des BPM.

In der abschließenden Aussprache wurde mit großer Besorgnis die negative Entwicklung des posttechnischen Dienstes auf Amtsebene herausgestellt und der Wunsch geäußert, die anstehenden Probleme und etwaige Lösungsmöglichkeiten in einem Gespräch zwischen Fachvertretern des VDFP, der Abt. 1 des BPM und dem Hauptpersonalrat zu erörtern.

Saarbrücken, 30. 09. 1980

gez. Unterschrift

UFe – Kurzinformation

Am 12. Nov. 1980 fand ein UFe-Fachgespräch der VDFP im BPM statt. Andreas Damian, Mitglied der Arbeitsgruppe UFe beim Bundesvorstand, Karl Fischer, Herbert Dissen


(Rhein-Ruhr) und Franz Roschkowski (Dortmund) nahmen als VDFP-Vertreter daran teil. Hauptgesprächspunkt war die Neubemessung zum Stichtag 31. 3. 80, die in den FeUBz unterschiedliche Kürzungen erbrachte. Diese Neubemessung, von der VDFP als UFe-Vernichtungsaktion bezeichnet, basiert auf den Bemessungswerten von 1975. Diese damaligen Werte sind um 0,15 v.H. gekürzt, ursprünglich mit 0,293 v.H. in Mannheim-Süd errechnet.

Die VDFP machte klar, daß viele Tätigkeiten, die wahrgenommen werden, nicht in der Bemessung enthalten sind. Z. B. ist der Mehraufwand an Unterhaltungsmaßnahmen für den OZZ und den Nahdienst nicht enthalten. Ebenso sind die VSt Ausstattungsfaktoren in der Bemessung nicht berücksichtigt.

Unrealistisch ist die Bemessung in FernVStn, da hier die BF Kräftegruppe eine Zunahme an Dp, jedoch bei BFt eine Abnahme zu verzeichnen ist.

FeUBz mit mehreren Fernmeldediensten, wie FernVSt, OVSt, ETST, Auskunft, Fernamt, Rheinfunk, ÖBL mit einem erhöhten Arbeitsaufwand müssen nach VDFP-Meinung einen Zuschlag für die Kräftegruppen Einsatzplatz und techn. Aufs. erhalten.

Die Bewertungsverbesserung der Aufs. muß auf A 8 : A 9 = 50 : 50 angehoben werden. Zur Neubemessung ist ein Bewertungsausgleich verfügt worden, er verhindert zum Teil den Wegfall von Beförderungsposten. Besetzte, in Wegfall kommende Dp, sind erst bei Freiwerden in normaler Fluktuation einzuziehen.

Da die Neubemessung auf den Daten von 1975 beruht, sind die FeUBz am stärksten von einer Kürzung betroffen, die seitdem bereits einen neuen Arbeitspostennachweis erstellten und die errechneten Ap auch besetzten. 

Personalbemessung UD

Seitens der VDFP wurde mit Schreiben vom 11. 7. 80 an das BPM eine Überprüfung und Neufestsetzung des Regelbewertungsanteils der Aufgabenträger nr. 392 15, Einsatzplatzleiter UD, gefordert. Als Begründung wurde angegeben, daß trotz ständig steigenden Arbeitsanfalls die Bewertung seit mehreren Jahren festgeschrieben ist.

Am 26. 11. 80 erhielten wir vom BPM ein Antwortschreiben, das als Anlage beigefügt ist.

DER BUNDESMINISTER FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN

Vereinigung Deutscher
Fernmeldetechniker Post e.V.
Postfach 45 24
6000 Frankfurt 1

Betr.: Zu Bezirksvereinigung Pfalz du 67-80 v. 11.7.80

Personalpostenbewertung; hier: Aufgabenträger der AtNr 392 15, Einsatzplatz UD

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Herausgabe der OrgRichtl UD und des Anhangs UD zur DA Bem Ä werde ich auch die Bewertung der betroffenen Aufgabenträger überprüfen und – soweit erforderlich – anpassen.

In diese Überlegungen werde ich auch Ihren Vorschlag einer Verbesserung der Bewertung des Einsatzplatzes UD einbeziehen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Unterschrift

Aus den Bezirken:

Bezirksvereinigung Pfalz

Werte Kollegen!

Am 10. Mai 1980 fand unsere diesjährige JHV 80 statt, wobei der Bezirksvorstand neu gewählt wurde.

Ferner haben wir einen Vorschlag zu unterbreiten, wie wir unsere Sache optimal auch nach außen hin bekannt machen können. Der Vorschlag ist beigefügt und könnte vom Bundesvorstand über dpa in die Presse gelangen.

Die darin enthaltenen 3 Hauptforderungen müssen wir konzentrieren auf 1. Technikerlaufbahn, 2. Einstieg bei A 6 und 3. die Zulage bei A 9. Da der Einstieg bei A 6 vorerst abgelehnt wurde, sollten wir diese Forderung als konsequente Folgerung aus der Forderung unter 1. vertreten. Diese Reihenfolge sollte unbedingt eingehalten werden, und wir werden zu der Forderung 2 noch gesonderte Begründungen liefern, die sich auf Fakten abstützen.

Es gilt, die politischen Kräfte zu überzeugen.

Wir haben außerdem 1976 den Antrag Nr. 39 und 1978 den Antrag Nr. 39 eingebracht. Diese beiden Anträge werden wir für den BDT 80 erneut stellen, da sie weder zum Durchbruch, noch zum Tragen gekommen sind.

Es geht nicht mehr an, daß zu jedem BDT eine Flut von Anträgen gestellt werden, wenn die zurückliegenden Anträge aus den vorgehenden BDT 76-78 nur als Arbeitspapier Verwendung finden.

Die Berechtigung der vorgenannten Anträge hat sich erneut bestätigt, da sich laufend die darin enthaltenen Forderungen erhärten. Bei dem BDT 80 sollte endlich nur das Machbare konsequent vertreten werden.

Auch sollten wir schädliche Polemiken ablehnen. Damit erhöhen wir nicht nur unsere Glaubwürdigkeit, nein, wir können uns auch auf unsere Hauptforderungen konzentrieren.

A. Duffy

Auflistung des Vorstandes nach der Jahreshauptversammlung vom 10. 5. 1980 in Otterberg

1. Vorsitzender	Duffy, Anton,	Pfarrgasse 3 6730 Neustadt
	Tel. privat	06321 - 83594
	Dienstst./Tel.	24-50 N 87 - 244
2. Vorsitzender	Mang, Paul	Deutschherrnstr. 53 6750 Kaiserslautern 32
	Tel. privat	0631 - 87-339
	Dienstst./Tel.	FA KsIt FeÜ 87-448
1. Schriftf.	Freundörfer, Paul	In den Obergärten 37 6730 Neustadt 18
	Tel. privat	06327 - 27 48
	Dienstst./Tel.	FA Nst BBi 87 - 536
1. Kassierer	Kühner Manfred	Theodor-Heuss-Str. 17 6720 Speyer
	Tel. privat	06232 - 73280
	Dienstst./Tel.	FBz Lshfñ Ufe 507-413

Sehr geehrte Kollegen!

Nachfolgend bringen wir einen Antrag an den Bundesvorstand, der uns von unserem Bez.-Vorstandsmitglied Helmut Rahm, zur Weiterleitung an Euch, am 21. 01. 81 zuzuging.

Betr.: AtNr.: 383 11 Aufsicht UFe, Antrag auf Miteinbeziehung in das Spitzenamt A 9Z

Ich bitte die Bezirksvereinigung Pfalz, sich beim Bundesvorstand sowie bei den Ortsverbänden der DPG, mit allen Mitteln und Nachdruck dafür einzusetzen, daß die Auf-

sichten UFe AtNr. 383 11, wie auch von der DPG gefordert wurde, in den Bewertungskatalog mit A 9Z anteilmäßig aufzunehmen.

Begründung:

Durch die Rationalisierung im Fachbereich UFe ist die Arbeit mehr gebündelt und gestrafft worden. Im Zugang von neuen Techniken in den letzten Jahren, im FernVSt- sowie im OVSt-Bereich, wird von den Aufsichten UFe mehr Wissen sowie mehr Verantwortung bei der Beurteilung über Zustände der techn. Einrichtungen abverlangt.

Beim Einsatz der Mitarbeiter müssen die Aufsichten gegenüber dem EPI-UFe und den eingesetzten Mitarbeitern, eine gute menschliche Führungsgabe sowie eine sehr gute Unterweisungsfähigkeit besitzen, um eine schnelle und erfolgreiche Erledigung der gestellten Aufgaben zu erreichen.

Diese Kriterien sind nach meinem Ermessen als höherwertige Tätigkeit anzusehen und müßten sich im Bewertungskatalog mit A 9Z niederschlagen.

Ich bitte deshalb, sich mit Nachdruck für meine Forderung einzusetzen.

Ferner weise ich darauf hin, daß die Aufsichten, FeE 382 10, Sv 384 07, UD 392 10, FeÜ 412 10 und FuÜ 421 10, alle anteilmäßig in den Bewertungskatalog aufgenommen wurden.

gez. Rahm

Der BVst hat dieses Problem am 15. 1. 1981 schriftlich an das BPM herangetragen und die Forderung aufgestellt, jeweils den 1. Dp A 9 bei der Vergabe des neuen Spitzenamtes A 9 + Z zu berücksichtigen.

Bezirksvereinigung Hannover/Uelzen

Die Ortsvereinigung der VDFP beim Fernmeldeamt Uelzen kann im Dezember 1980 auf eine 25-jährige Tätigkeit zurückblicken.

Mitbegründer und langjähriger 1. Vorsitzender der Vereinigung, TFBetrl i.R. Hans H a v e m a n n, feierte im November seinen 80. Geburtstag. An dieser Stelle übermitteln alle Kollegen des FA Uelzen nochmals die herzlichsten Glückwünsche und den Dank für die Arbeit in der Ortsgruppe Uelzen!

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens findet im März 81 eine Feier statt, bei der Rückblick auf die geleistete Arbeit in den vergangenen Jahren gehalten werden soll.

Wolfgang Brühl

1. Vorsitzender

Bezirksvereinigung Nürnberg

Am 17. Oktober 1980 verstarb Georg Wölfel aus Nürnberg im Alter von 74 Jahren.



Georg Wölfel war einer der Pioniere, die nach dem Kriege die Initiative ergriffen, um die Tradition der alten Werk-

meistervereinigung fortzusetzen, mit dem Ziel, alle Kollegen des mittleren technischen Dienstes der Deutschen Bundespost zur Vertretung ihrer Interessen zusammenzuschließen.

Im Anfang der 50er Jahre fanden die ersten Versammlungen in Nürnberg statt. Der Zusammenschluß der Bereiche Bad Kissingen, Bamberg, Bayreuth, Nürnberg und Würzburg zu einer Bezirksvereinigung Nürnberg unter dem Bezirksvorsitzenden Georg Wölfel ließ nicht lange auf sich warten.

Die Geburtsstunde für die Vereinigung auf Bundesebene schlug am 22. 4. 1956 in den Humboldtsälen in Nürnberg. Zur Jahreshauptversammlung des Bezirks Nürnberg waren als Gäste die Kollegen Albert und Boß (Frankfurt), Fischer (Karlsruhe), Hoß(Köln), Fischer(Mannheim), Wilhelm (München), Moser und Triller (Neustadt/Weinstraße), Findling (Stuttgart) und Waigold (Tübingen) anwesend.

Das Ergebnis dieser Zusammenkunft führte am 17. März 1957 in Frankfurt zur Gründung der "Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (BFt) e.V.", eingetragen im Vereinsregister Frankfurt unter der Nr. 3231.

Durch seine Persönlichkeit drückte Georg Wölfel auch den ersten Tagungen in Frankfurt seinen Stempel auf.

Wir alle sind Georg Wölfel sehr zu Dank verpflichtet und werden ihm allzeit ein ehrendes Angedenken bewahren.

Bezirksvereinigung Rhein/Ruhr

Am 18. September 1980 veranstaltete die BV Rhein/Ruhr im Casino des FA Duisburg ihre Jahreshauptversammlung, bei der als Gast der Bez.-Vorsitzende der BV Berlin, Peter Berendt, anwesend war. Kollege Peter Berendt hielt ein Referat über die Bundeslaufbahnverordnung.

Ergebnis der Neuwahl des Bezirksvorstandes:

- Vorsitzender: Herbert Dissen, FA Wesel
- Stellvertreter: Willy Mager, FA Essen
- Stellvertreter: Franz Hermkes, FA 3 Düsseldorf
- Schriftführer: Georg Brettschneider, FA 4 Düsseldorf
- Kassierer: Hugo Bellgardt, FA Krefeld

Bezirksvereinigung Hessen

Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Bezirksvorstandes nach dem Bezirksdelegiertentag am 9. und 10. Okt. 1980 in Frankfurt.

- Vorsitzender
 Rieger, Josef FA Fulda FeE (0661) 89-575
 Leuschnerstr.27, 6400 Fulda (0661) 63199
- Stellvertr. Vorsitzende
 Frenzel, Fritz FA 1 Ffm UFe-EPI 5 (0611) 211-2150
 Kiefernweg 5, 6078 Neu Isenburg (06102) 36411
 Befort, Helmut FA Gießen FuÜ (0641) 709-486
 Neustadt 40, 6330 Wetzlar (06441) 402495
1. Schriftführer
 Heil, Paul FA Fulda FeÜ (0661) 89-493
 Gersfelderstr.42, 6405 Eichenzell 1 (06659) 2900
- 1.Kassierer
 Lüdecke, Kurt FA 3 Ffm UFe/Sv (0611) 406-7431
 Grethenweg 4, 6000 Frankfurt 70 (0611) 6056-322

Absage an Privatisierung

Andreas Damian zum vierten Mal als stellv. Bundesvorsitzender der VDFP wiedergewählt

Gegen jegliche Privatisierungstendenzen im Bereich des Fernmeldewesens sprach sich in Koblenz auf einer Bezirksveranstaltung der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (VDFP), deren Bezirksvorsitzender Andreas Damian aus. Damian, der dieser Tage zum vierten Mal wieder für zwei Jahre als stellvertretender Bundesvorsitzender wiedergewählt wurde, gab einen Bericht über eine VDFP-Tagung mit Vertretern des BPM und der Gewerkschaften. Danach ist eindeutig, daß Bundespostminister und auch der Bundeskanzler allen Privatisierungsbestrebungen, wie von Niedersachsens Wirtschaftsministerin Breuel angestrebt, eine klare Absage erteilen wird.

Die Personaleinsparungen durch die Einführung neuer Technologien und geänderter Arbeitsabläufe waren weitere aktuelle Themen. Über die Fortführung der postalischen Werbemaßnahmen müßten neue Tätigkeitsbereiche in neuen und geänderten Diensten erschlossen werden. Ohne die gleichwertige Bereitstellung anderer Arbeitsplätze dürften neue Techniken nur begrenzt eingeführt werden. Aus-, Fort- und Weiterbildung mit dem Ziel, als Techniker anerkannt zu werden, ist ein weiteres Thema, welches zur Besserung des Berufsbildes führen soll.

Bedauert wurde, daß zur Dienstrechtsreform die anfangs der siebziger Jahre geweckten Erwartungen nicht erfüllt wurden. Nach wie vor seien bei gleichen Tätigkeiten hohe Unterschiede bei der Bezahlung und anderen Entschädigungen zwischen den Beamten, Angestellten und Fernmeldehandwerkern, jeweils zum Nachteil der Beamten. So sei immer noch ein Einkommensverlust von 400,- DM bei der Übernahme ins Beamtenverhältnis zu beklagen. Dies sei ein unhaltbarer Zustand, so Damian, denn für eine hochwertige Ausbildung mit entsprechend schwerer Prüfung seien die Minderverdienste eine Ächtung aller Berufskollegen. Die VDFP plane deshalb eine Aktion "Junge Beamte," damit diese Mißstände vom Bundestag einer gerechteren Lösung zugeführt werden.

"Bendorfer Zeitung" Montag, den 15. Dezember 1980

NRZ vom 5. 12. 1980



Fernmelder feierten

10 Jahre alt wurde gestern die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (DFP) im Bezirk Rhein Ruhr. In einer kleinen Feierstunde wurde dieses Jubiläum gestern in der Düsseldorfer Oberpostdirektion begangen.

Von links:

Dr. Wolfgang Kohl, Bürgermeister Bruno Recht, Bezirksvorsitzender Herbert Dissen und der Bundesvorsitzende der Fernmeldetechniker-Vereinigung, Karl Fischer. NRZ-Foto: Lothen



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Ausgabe 2 / 1981

16. Jahrgang

Bft-Ausbildung an Fortschritt angepaßt

Zur Sache A 9 z
Bewerbung von
A 8 nach A 9 z möglich

Seite 3

Kurzinfo aktuell

Seite 4

Telefonverzeichnis
der VDFP-Arbeits-
gruppen

Seite 4

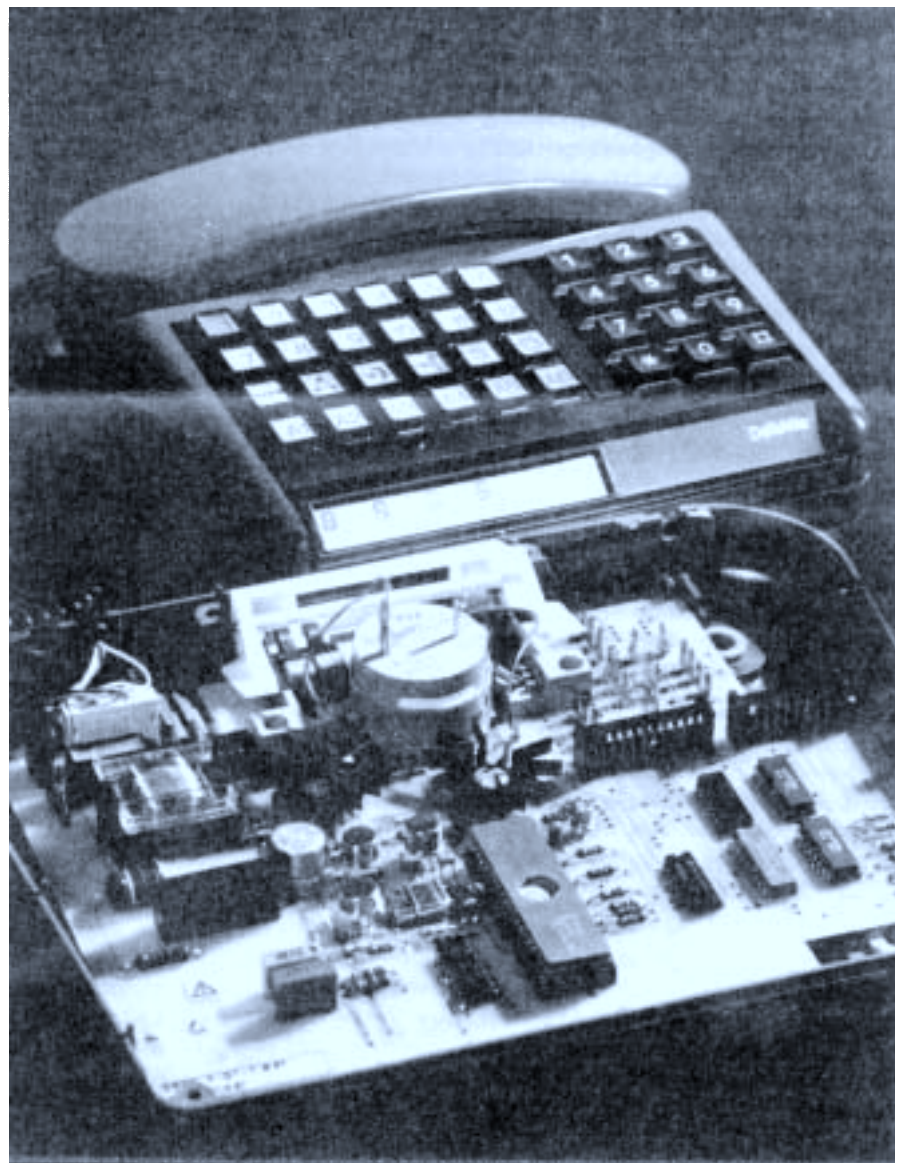
Leserbrief
Aus den Arbeits-
gruppen PIL, EWS,
EDS, DIV

Seite 5

Aus den Bezirken
Rheinland und
Hessen

Seite 5

Redaktionsschluß
für Ausgabe 3/81:
01. 08. 1981



Mit Mikroprozessorsteuerung, einer LCD-Anzeige und verringertem Installationsaufwand kann eine elektronische Fernsprech-Reihenanlage aufwarten, die jetzt von DeTeWe vorgestellt wird. Bewährte Eigenschaften der Reihentechnik verbinden sich hier mit dem Nutzen der Mikroelektronik.

Foto: DeTeWe

Neue Ausbildungsmodelle für den mittleren fernmelde-technischen Dienst

Mit dem Fortschritt der Technik wandeln sich auch die Anforderungen, die an die Auszubildenden zu stellen sind. Das Bundespostministerium ist bestrebt, solche Veränderungen im fernmeldetechnischen Bereich für die Ausbildung des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes im Rahmen neuer Ausbildungsordnungen aufzufangen.

Aufgrund ihrer erlangten Kammerhoheit ist die DBP in der Lage, die Ausbildungsinhalte für die u. a. Lehrberufe so zu gestalten, daß sie zwar der späteren Beschäftigung des Beamten im BfT-Dienst von Nutzen ist, aber sich immer weiter von den Ausbildungsinhalten von der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer entfernt.

Für die kommenden Berufsanfänger sind damit Weichen gestellt, die in ihrer Bedeutung nicht hoch genug veranschlagt werden können.

Für die nachstehende Betrachtung gilt das sogenannte Modell D 1 des BPM, das u. a. nach Linien- und Gerätetechnik unterscheidet:

Die Auswahl der Fernmeldehandwerker für ihre spätere Verwendung soll wesentlich früher als bisher getroffen werden; dabei wäre der Fachbereich festzulegen. Die für die Linientechnik ausgewählten Kräfte müßten ihre praktischen Erfahrungen durch einen 12monatigen Einsatz als eaKr erwerben. Bei den für die übrigen Fachbereiche (V, T, Ü, Fu und E) ausgewählten Kräften könnte ein Einsatz als eaKr nicht in Betracht kommen, da

- dieser nicht dem künftigen Einsatz entspricht,
- die ausführenden Tätigkeiten in diesen Fachbereichen bereits dem mittleren technischen Dienst zugeordnet sind,
- die eigentliche Fachausbildung unnötig verzögert wird.

Der wesentliche Unterschied zwischen den Fachbereichen L und den übrigen besteht darin, daß die BfT-Kräfte der Linientechnik (BfT/L) von Anfang an auf sich alleine gestellt und bereits mit Weisungsbefugnis eingesetzt werden, wogegen die BfT-Kräfte der übrigen Fachbereiche (zukünftig BfT/G) zunächst ausführende Tätigkeiten verrichten und überwiegend in der Gruppe arbeiten.

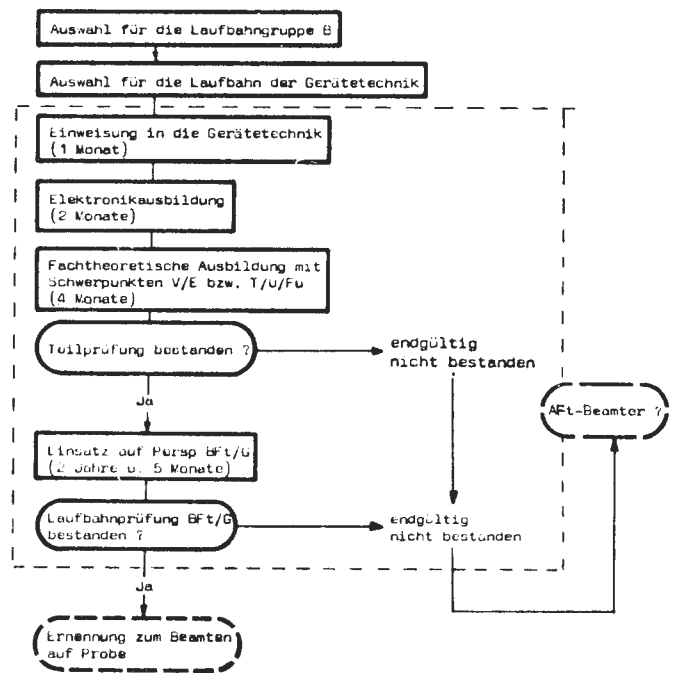
Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung der rechnergesteuerten Vermittlungssysteme wären den BfT-Nachwuchskräften der Fachbereiche V, T, Ü, Fu und E zusätzlich zu den Kenntnissen in der Analog-, Digital- und Mikroprozessortechnik weitere Kenntnisse in der automatisierten Datenverarbeitung und allgemeine Kenntnisse über rechnergesteuerte Vermittlungssysteme zu vermitteln.

Die z. Z. üblichen überaus langen Zeiten für die Fortbildung sind auf Dauer nicht praktikabel (technisch mögliche Inbetriebnahme kann so lange nicht verzögert werden, Schwierigkeiten bei der Personalfluktuatation). Eine Verminderung der Fortbildungszeiten ist dann möglich, wenn die eben genannten Inhalte bereits in der BfT-Ausbildung vermittelt werden.

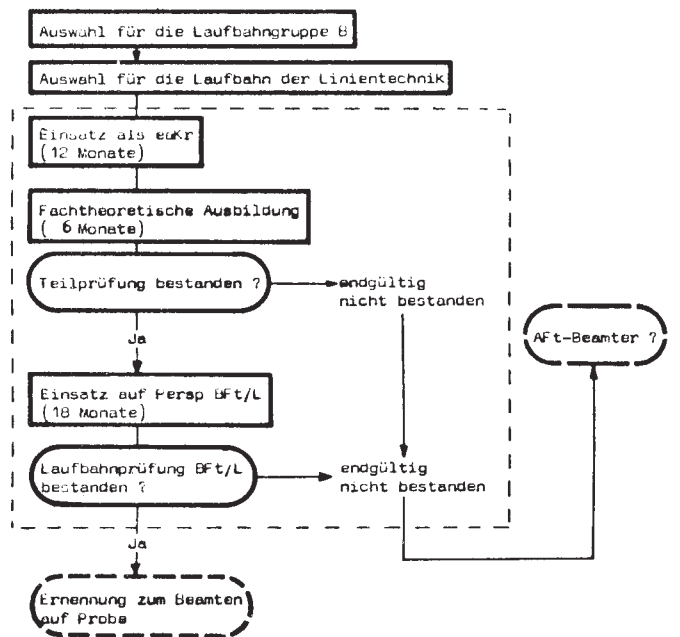
Die unmittelbare Auswahl nach der Fernmeldehandwerker-ausbildung wird für möglich gehalten, weil die Leistungen der Fernmeldehandwerker in den einzelnen Fachbereichen sich in den Halbjahreszeugnissen spiegeln.

Das BPM weist darauf hin, daß die Ausbildung der Nachwuchskräfte BfT wie bisher auch weiterhin im Sinne des § 20 Abs. 3 Satz 2 BLV üblicherweise nicht im Beamtenverhältnis durchgeführt werden soll und daß die betrieblichen Belange eine unterschiedliche Gestaltung der Ausbildungsgänge für die Nachwuchskräfte BfT/L (z. B. Einsatz

Laufbahn der Gerätetechnik (BfT/G)



Laufbahn der Linientechnik (BfT/L)



als eaKr, Bezahlung nach der Lohngruppe II) und BfT/G (z. B. Einweisung in die Gerätetechnik, Elektronikausbildung, fachtheoretische Ausbildung, Bezahlung nach Lohngruppe III) vom Zeitpunkt der FHandw-Prüfung an erforderlich machen.

Die Auswahl der FHandw für die Laufbahngruppe B (mitt-



Informationen und Detailunterlagen können bei der Redaktion angefordert werden.

Herausgeber: Eifert Druck und Verlag GmbH, 7768 Stockach 1 im Auftrage der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. — Der Bundesvorstand — 6000 Frankfurt am Main 1, Postfach 4524. Bezugspreis: durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Verantwortliche Redakteure:
F.J. Hermkes, Lange Hecke 7, 4044 Kaarst 1, Tel. 0211/4490612;
Waldemar Hörle, Gerh.-Hauptmann-Ring 137, 6000 Frankfurt 50, Tel. 0611/571655, dienstl. 06196/4782751.
Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP und der Redaktion dar.

lerer Dienst) erfolgt nach Bedarf in der Reihenfolge des Ergebnisses der FHandw-Prüfung. Die Auswahl für die neuen unterschiedlichen Laufbahnen der Linientechnik bzw. der Gerätetechnik nach Bedarf in der Reihenfolge des Leistungsverhältnisses L : G.

Die Ausbildung und berufliche Tätigkeit in der Laufbahn BfT/G und BfT/L soll laut Aussage der Verwaltung 3 Jahre dauern (siehe auch nachfolgende Skizze).

(DPZ März 81)

Die VDFP fordert, daß:

● bei der Auswahl für BfT/L oder BfT/G die Neigung des einzelnen berücksichtigt wird;

● eine spätere Möglichkeit des "Laufbahnwechsels" von BfT/L nach BfT/G oder umgekehrt möglich ist;

● die unterschiedlichen Laufbahnprüfungen inhaltlich und formal gleichwertig sind;

● die Laufbahnprüfung auch einem außerhalb der DBP anerkannten Bildungsabschluß, z. B. Technikerprüfung, entspricht;

● der Einstieg in die Laufbahn BfT/L oder BfT/G mit der Besoldungsgruppe A 8 beginnt.

F.H.

Kongreß für junge Beamte

Die in dem vorgenannten Artikel aufgezeigten Ausbildungsmodelle sind lediglich Entwürfe und sollen bei den jungen Kollegen eine rege Diskussion entfachen. Unser anschließender Forderungskatalog ist somit als zusätzlicher Diskussionsbeitrag anzusehen.

Wir bitten die jungen Kollegen nachdrücklich, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und sich mit ihren zuständigen Bezirksvorständen der VDFP zu unterhalten. Es wäre wünschenswert, wenn sich daraus eine Interessengruppe "junge Beamte" herauskristallisieren würde.

F.H.

Zur Sache A 9 z

Im letzten Jahr wurde durch eine Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes ein neuer Dienstposten A 9 z geschaffen. Dadurch können bis zu 30 % der vorhandenen Planstellen A 9 mit einer Zulage von 75 % des Unterschiedsbetrages nach A 10 ausgestattet werden.

Die Deutsche Bundespost hat daraufhin in ihrem Tätigkeitskatalog ca. 37 % der vorhandenen Dp A 9 als zulagefähig ausgewiesen. Der im letzten Quartal des Jahres 1980 begonnene Aufstieg für besondere Verwendung, nach einer entsprechenden Neufassung der Bundeslaufbahnverordnung (BLV), wurde in zwei unterschiedlichen Verwaltungsaktionen nacheinander durchgeführt.

1. Die einmalige Maßnahme zum Aufstieg für besondere Verwendung (ca. 400 Kräfte).
2. Der Beginn des Aufstieges für besondere Verwendung nach der BLV (ca. 100 Kräfte).

Der Bundesfinanzminister hat der DBP von den möglichen 30 % ca. 16 % Planstellen A 9 z noch vor Ablauf des letzten Jahres, rückwirkend zum 1. 10. 1980, zugewiesen.

Das BPM hat in einer Schnellaktion diese zur Verfügung stehenden Planstellen A 9 z den beiden o. a. Personengruppen zugewiesen. Der noch verbleibende Rest ist den Kollegen des Geburtsjahrgangs 1918 und älter zugute gekommen. Diese zum Ende des Jahres 1980 vergebenen Planstellen sind alle Erstaussstattungen und somit sofort ruhegehaltstfähig.

Die Kollegen, die auf dem Wege der einmaligen Maßnahmen zum Aufstieg für besondere Verwendung zugelassen worden sind, wurden bereits im Dezember 1980 zu technischen Fernmeldeinspektoren (CFt) befördert und haben dadurch ihre Planstellen A 9 z wieder frei gemacht.

Die beförderten Kollegen behalten selbstverständlich auf dem Wege der Besitzstandswahrung den geldlichen Betrag ihrer Zulage aus der Planstelle A 9 z

Zu Beginn des Jahres 1981 sind bei den Ämtern die Stellenausschreibungen der Dp A 9 z begonnen und durch die Übertragung des Dp abgeschlossen worden.

Die zurückfließenden Planstellen A 9 z der Kollegen, die den Aufstieg nach der einmaligen Maßnahme noch im letzten Jahr abgeschlossen haben, sowie ein kleiner Rest der Erstaussgabe aus dem letzten Jahr, standen nun zur Verfügung.

In den letzten beiden März-Wochen ist nun ein Teil der

Dienstposteninhaber A 9 z, soweit Planstellen vorhanden waren, mit Wirkung vom 1. 1. 1981 in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage nach Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes eingewiesen worden.

Leider konnten bei weitem nicht alle Dp-Inhaber A 9 z mit einer Planstelle abgedeckt werden, da der Finanzminister der DBP nur 16 % der möglichen 30 % an Planstellen zugewiesen hat, und außerdem die Aufstiegsbewerber für den Aufstieg zur besonderen Verwendung nach der BLV ihre Planstellen A 9 z bis zur Beförderung in das Eingangssamt A 9 in der CFt-Laufbahn behalten.

Fast alle Planstellen, die im März 1981 zugewiesen wurden, sind zweitvergeben und damit erst nach 2 Jahren ruhegehaltstfähig.

Ob der noch fehlende Rest von 14 % durch den Finanzminister etwa zur Jahresmitte noch freigegeben wird, oder ob wir überhaupt mit einer Vollabdeckung rechnen können, bleibt bei den Sparmaßnahmen zunächst noch fraglich.

Wahrscheinlich ist es, daß etwa 4 % durch das BPM beim Finanzminister herausgehandelt werden können. Zur Vermeidung von Nachteilen sind die Ämter verpflichtet, die Art der Planstelle, Erst- oder Zweitaussgaben, in den Personalpapieren aktenkundig zu machen.

Beförderungslücke zwischen A 8 und A 9 z

Bei verschiedenen Dienststellen ist der einzig vorhandene Dp A 9 nach A 9 z angehoben worden. Man geht nun von der Annahme aus, daß sich nun Dienststellenfremde, die bereits A 9 sind, sich um diesen A 9 z Dp bewerben könnten, also die Dienststellen eigene Kräfte A 8 keine Chance hätten.

Eine Nachfrage im BPM ergab einen anderen Sachverhalt:

Die Dp A 9 z sind Umwandlung von Dp A 9 und verringern zwar somit die Anzahl der Dp A 9, aber es bleiben doch Dp A 9. Dieser Tatbestand drückt sich ja dadurch aus, daß bei der Zuweisung der Planstelle A 9 z keine Beförderungsurkunde erstellt wird. Somit kann sich auch jeder Kollege A 8 auf einen Dp A 9 z bewerben und diesen Dp übertragen bekommen.

Nach den Vergaberichtlinien ist der geeignete Kollege bei der Vergabe eines höherwertigen Dp zu berücksichtigen, damit ist der Dienststellenangehörige A 8 immer im Vorteil gegenüber einem Fremdbewerber, auch wenn dieser schon A 9 ist, sagt das BPM.

K.F.

VDFP beim Vorstand des Deutschen Postverbandes

Am 25. März 1981 trafen sich Vertreter des Bundesvorstandes der VDFP (Karl Fischer, Erwin Wehner, Kurt Wetzlar und Franz Roschkowski) in Bonn mit dem Vorstand des Deutschen Postverbandes. Wichtige Punkte dieses Gespräches waren u. a. Einkommensverluste bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis, Beschäftigung von Angestellten auf Beamtendienstposten, Umwandlung der Fernmeldeschulen in Fachschulen, Eingangsamt A 5 für den mittleren technischen Dienst, Aufstieg von BfT nach CFt, Privatisierung von Fernmeldediensten.

Die Standpunkte der VDFP wurden den Vertretern des Deutschen Postverbandes näher erläutert. Insgesamt ist dieses Gespräch als gut zu bewerten.

Rei 

Personalbemessung im Fernmeldewesen; hier: Anhang 382 FeE zur DABemÄ

Das BPM hat auf unser Schreiben vom 02. 03. 1981 geantwortet und unsere Stellungnahme an das FTZ zur Prüfung und Einarbeitung in die neuen Erhebungsbögen FeE weitergereicht.

Rei 

Arbeitstagung der Bezirksvorstände

Am 21. und 22. Mai 1981 findet in Hamburg die Arbeitstagung der Bezirksvorstände statt.

Es kann jetzt keine genauere Information erfolgen, da bis zum Redaktionsschluß ein entsprechender Hinweis fehlte. Wichtigster Tagesordnungspunkt wird das Aktionsprogramm "Junge Beamte" sein. Weitere Tagesordnungspunkte standen zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht fest.





Wir gratulieren!

Lieber Karl, es ist uns nicht entgangen, daß Du am 25. 4. 81 Deinen 60. Geburtstag begangen hast.

Die Leser und die Redaktion der VDFP-Nachrichten gratulieren Dir auf diesem Wege und wünschen Dir alles Gute für die Zukunft, damit Du noch recht lange die Geschäfte als Bundesvorsitzender ausüben kannst.

Die Redaktion

Konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes

Am 7. 2. 1981 fand in der Geschäftsstelle der VDFP in Frankfurt die erste Sitzung nach dem BDT 80 statt. Als Tagesordnungspunkte standen fest:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. a) Schriftverkehr und Protokolle
2. b) Änderung der Aufstiegsmöglichkeiten BfT/CF
3. Bundesdelegiertentag 1980
4. Neufassung der Geschäftsordnung des Bundesvorstandes
5. Arbeitsverteilung im Bundesvorstand
6. VDFP-Nachrichten
7. Verschiedenes

Nachfolgend geben wir die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen mit Telefonnummer an:

Arbeitsgruppe UFe
Herbert Dissen

Tel. 0281 - 02194

Arbeitsgruppe Fus
Walter Nickel

Tel. 0421 - 3006833

Arbeitsgruppe Pt
Klaus Haas

Tel. 0741 - 90275

Arbeitsgruppe BF/PIF
Harro Enzensberger

Tel. 0831 - 200398

Arbeitsgruppe EWS / DIV
Rudolf Ladewig

Tel. 0711 - 858305

Arbeitsgruppe FeÜ
Paul Heil

Tel. 0661 - 89493

Arbeitsgruppe FeE
Josef Rieger

Tel. 0661 - 89575

Arbeitsgruppe PIL
H. Günther Eßler

Tel. 040 - 35 72 481

Arbeitsgruppe UFs
Karl Fischer

Tel. 0611 - 211 3390

Arbeitsgruppe L (BBz/TBz)
Gerd Schwager

Tel. 02689 - 389271

Arbeitsgruppe EDS
Heinrich Erhart

Tel. 0621 - 294719

Arbeitskreis "Werbung und Information"

Andreas Damian

Tel. 0261 - 4904692

Arbeitsgruppe BLV
Peter Behrendt

Tel. 030 - 6916625

Arbeitskreis Geschäftsstelle
August Dänner

Tel. 0611 - 77 30 38

Leserbrief

Mitteilungsschreiben nach Information durch VDFP-Nachrichten 1/81 zur Information des Bundesvorstandes:

Betrifft: **VERNICHTUNGSAKTION UFe!!!**

Verehrte Kollegen!

Ich möchte Ihnen noch folgende Information zukommen lassen, da ich selbst betroffen bin! Als A7/UFe habe ich kaum eine Chance A 8 zu werden. Ein Stellenwechsel kommt auch nicht in Frage, da mir die Tätigkeit gefällt und in anderen Bereichen der DBP ähnliche Verhältnisse herrschen.

Mein Verdienst als A 7, verheiratet, zwei Kinder, liegt nur wenig über dem Satz manchen Sozialhilfeempfängers! Außerdem habe ich Anspruch auf fast alle Zuschüsse des Staates, z. B. Wohngeld, Wohnberechtigungsschein, Heizölkostenzuschuß usw. Mein Ruhegehalt reicht nicht einmal, um später, falls erforderlich, einen Platz im Altersheim zu bezahlen. Es ist beschämend! Als A 7 muß ein Nettozuschuß von mindestens DM 400,- geschaffen werden, um hier in etwa einen Ausgleich zu schaffen, der dem Ansehen unseres Berufsstandes in der Öffentlichkeit gerecht wird! Ich bitte eindringlich und noch mehr gezielt auf die Mißstände UFe/BFt-Dienst und auf einer raschen Lösung zu bestehen.

PS: Mehr Information an die Öffentlichkeit (aktuelle Tagespresse, Rundfunk, TV, bundesweit)

Peter Rosing
von Kettelerstr. 80
4150 Krefeld / DSt UFe

Aus den Arbeitsgruppen

Arbeitstagung PIL

Am 8. und 9. 4. 1981 fand die diesjährige Arbeitstagung PIL in Hannover statt.

Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Überarbeitung der Zusammenfassung aller Mängelerfassungsbelege aus dem OPD-Bereich Düsseldorf. Des weiteren war eine Zusammenstellung der bei der Bemessung nicht berücksichtigten Bezugseinheiten dringend erforderlich, da der Kollege A. Spors aus Hamburg als Mitglied der PIL-Arbeitsgruppe des FTZ einberufen worden ist.

Eine Auswertung der von der OPD Hamburg erstellten Analyse zum Vergleich Stadtämter zu Flächenämtern war Grundlage zu einem interessanten Diskussionsbeitrag. Ein umfassender Bericht dieser Tagung wird dem Bundesvorstand in Kürze zugeleitet.

Wir möchten uns von hier aus bei der Bezirksvereinigung Hannover für ihre Bemühungen herzlich bedanken.

 F.H.

EDS/EWS/DIV

Bericht zur Tagung des Arbeitskreises EDS/EWS/DIV in München, vom 12. 03. 81, 10.00 Uhr bis 13. 03. 81, 16.30 Uhr.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Überarbeitung der ArbOrgRichtl 383, 388, 395

ArbOrgRichtl 395 BD

Beim Durcharbeiten der ArbOrgRichtl 395 BD kamen wir zu der Überzeugung, daß der Teil DVSt als abgeschlossen gelten kann, dagegen der Teil DUE mit Mängel behaftet ist, die durch den Arbeitskreis BD richtiggestellt werden sollten. Es sind Arbeiten von der DUE nach der STOEAN und dem KPL übertragen worden, die nach der Meinung vom DUE-Personal zwangsweise durch den Arbeitsablauf immer in der DUE bleiben werden. Wir bitten den Bundesvorstand die entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen.

ArbOrgRichtl 388 UFe/EWS

Bei einer Gegenüberstellung der ArbOrgRichtl 395 BD und 388 UFe/EWS wurde festgestellt, daß vergleichbare Tätigkeiten in der ArbOrgRichtl 388 UFe/EWS von unterschiedlichen Aufgabenträgern wahrgenommen werden. Da eine Überarbeitung der ArbOrgRichtl 388 UFe/EWS in Aussicht steht, ist das Ergebnis abzuwarten.

Das BPM möchte bitte überprüfen, welche Dienstposten der AT-Nr. 38841 A9 zusätzlich nach A9-Z ausgewiesen werden können.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Personalbemessung BFt für Präsentations-DIV

Für das Betreiben der Präsentations-VStn DIV-groß und DIV-klein werden bei den Fernmeldeämtern je FA 17 Kräfte für DIV O zur Verfügung stehen.

DIV-groß: 3.800 Anschlüsse 4 CFt, 6 BFt und 2 BF.

DIV-klein: 800 Anschlüsse 2 CFt, 2 BFt und 1 BF.

Diese Dienstposten sind während der Präsentationsphase personengebunden. Wir möchten darauf hinweisen, daß diese jetzt personenbezogene Bewertung für DIV, die ersten negativen Auswirkungen für die BFt-Kräfte aufzeigt (für 800 Anschlüsse zwei CFt-Kräfte).

Eine endgültige Bemessung und Bewertung wird erst möglich sein nach dem Erstellen einer ArbOrgRichtl für DIV, die die Arbeiten der einzelnen Arbeitsgruppen CFt, BFt und BF festschreibt.

Wir bitten den Bundesvorstand, durch seine Mithilfe beim FTZ Einfluß zu nehmen, daß das Betriebspersonal der Präsentations-VStn in den örtlichen- und überregionalen Arbeitskreisen beteiligt wird.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Besichtigung der digitalen Vermittlungseinrichtung EWSD der Firma Siemens AG

Durch das Bemühen des VDFP frühzeitig Einblicke in die neue Technik "Digitales Vermittlungssystem" zu erlangen, hat der Arbeitskreis EDS/EWS/DIV sich mit gutem Erfolg bemüht, bei der Firma Siemens AG München, Bereich Kommunikationstechnik - Öffentliche Fernsprechvermittlungssysteme-Vertrieb Inland, Informationen aus erster Hand über das neue System EWSD (DIV) zu erhalten. Der Einladung der Firma Siemens AG folgend, besichtigte der Arbeitskreis, geführt durch die Herren Plewe, Jenschor und Stroh, das EWSD-System.

Durch Informationen über Hard- und Software mit einem Ausblick auf die zukünftigen Einsatzmöglichkeiten digitaler Vermittlungstechnik beendete der Arbeitskreis seine Tagung in München.

Die Leistungsmerkmale des Digitalen-Elektronischen-Wählsystems haben wir aus den Datenblättern der Firma Siemens AG entnommen und beigelegt.

Heinrich Ehrhard

FA-Mannheim

DSt.: BD, Tel. 0621 - 294719



Aus den Bezirken:

10 Jahre VDFP Rheinland

Mit der diesjährigen Jahreshauptversammlung gedenkt die VDFP Rheinland ihres 10-jährigen Bestehens. Auf der JHV am Montag, den 28. September 1981, um 16.45 Uhr, wird Herr Präsident Dr. Jobst die Festansprache halten. Als Ehrengäste werden Politiker und Herren unserer Verwaltung anwesend sein. Wir bitten Sie, sich den Termin vorzunehmen.

Der Bundesvorstand hat am 15.1.1981 zwecks Ausweitung des Stellenplanes für A9 z, der ATrNr 38311, an das BPM geschrieben. Wir erhielten daraufhin folgendes Schreiben:

BUNDESPOSTMINISTERIUM FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN

Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker
Post e. V.

– Bundesvorstand –
z. Hdn. Herrn Andreas Damian
(stellv. Vors.)
Postfach 4524

6000 Frankfurt 1

Bezug: Zu Ihrem Schreiben da vom 15. 01. 1981
Betreff: A 9 z; hier: Aufgabenträger 383 11

Sehr geehrter Herr Damian!

Die fachseitige Prüfung hat folgendes ergeben:

Mit der Umstellung des Betriebens von FeVSt auf das heute praktizierte Unterhaltungsverfahren wurde der Einsatzplatz UFe eingerichtet und der Einsatzleiter mit den Lenkungs- und dem überwiegenden Anteil der Führungsaufgaben innerhalb des Fernsprechunterhaltungsbezirks ausgestattet. Entsprechend seiner Bedeutung für die DSt UFe und der Wertigkeit der Aufgaben wurde der Einsatzleiter bisher ausschließlich nach A 9 und künftig mit einem Anteil nach A 9 z bewertet.

Durch die Verlagerung der Lenkungsarbeiten zum Einsatzleiter hat sich für die Aufsichten UFe, die nie nur Aufsichten im klassischen Sinne waren, der Anteil der ausführenden Aufgaben (Schwerpunkt: gutachtliche und beratende Tätigkeit) erhöht. Sie werden daher wertmäßig unter dem Einsatzleiter gesehen und mit einem Anteil von 75 % in der BesGr A 8 für herausgehobene Betriebsaufgaben und 25 % in der BesGr A 9 für Führungsaufgaben – zumindest vor Einführung der Amtszulage A 9 z – in etwa angemessen bewertet.

Die Amtszulage A 9 z wird sicher hier, wie auch an vielen anderen Stellen, einen Druck in Richtung A 9 erzeugen, die Ausstattung der Aufsicht UFe mit der Zulage selbst ist jedoch aus den o. g. Gründen nicht gerechtfertigt.

Diese Stellungnahme ist aus Sicht der Arbeitsbewertung zu akzeptieren. Da sich das Planstellenvolumen A 9 Z bisher auch für 1981 nicht erhöht hat, kann einer allgemeinen Ausweitung der Bewertungen A 9 z z. Z. nicht nähergetreten werden.

gez. Unterschrift



Grundsatzvorstellungen im Bereich mittlerer technischer Dienst der DBP

Entwurf eines neuen Ausbildungskonzeptes im fernmelde- und maschinentechnischen Bereich der DBP.

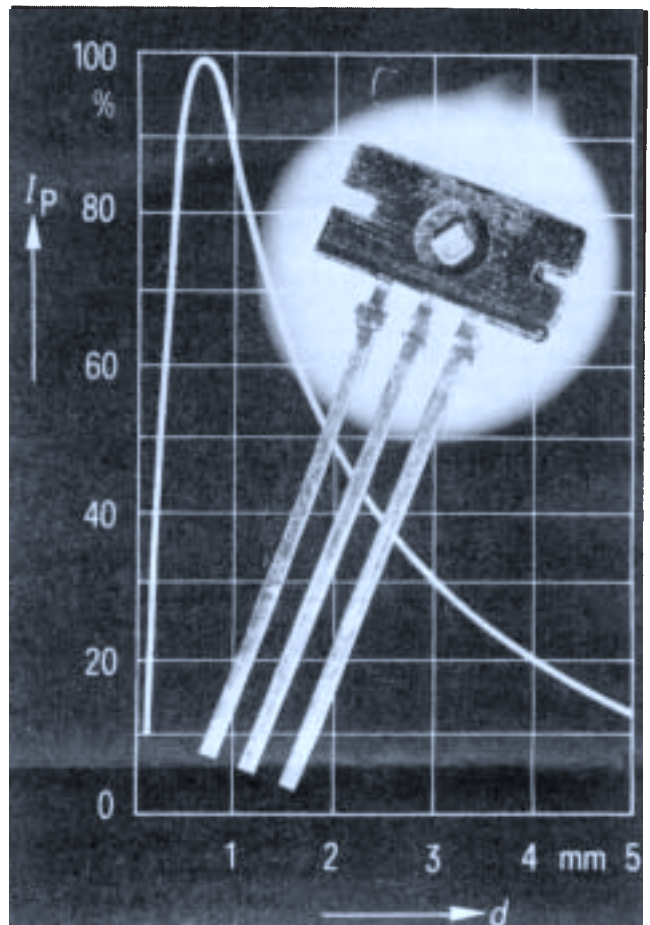
1) Entgegen den Vorstellungen des Berufsbildungsausschusses der DBP, der in seiner Sitzung vom Mai 1980 eine getrennte Ausbildung der Fachbereiche im mittleren fernmeldetechnischen Dienst vorsieht, will die VDFP ein Konzept vorlegen, in dem auch dem Techniker innerhalb der DBP eine Anerkennung in Form eines Diploms als Techniker (Post) Ft bzw. Techniker (Post) Pt als Berufsabschluss möglich ist.

Eine getrennte Ausbildung im Bereich Fernmeldetechnik (Ft) und Maschinentechnik (Pt) ist schon durch die technologischen Möglichkeiten und den immer weiter fortschreitenden Spezialisierungseffekt dieser beiden Bereiche nicht zu verhindern.

2) Die VDFP sieht daher in der zukünftigen Ausbildung der Nachwuchskräfte der DBP für den mittleren technischen Dienst eine getrennte Ausbildung und Abschluß-

siemens presseinformation +++

Lichtschranke für 5 mm: Im knapp zwei Millimeter hohen Gehäuse vereinigt die Miniatur-Lichtschranke SFH 900 von Siemens eine GaAs-Infrarotdiode als Sender und einen NPN-Fototransistor als Empfänger. Der relative Fotostrom erreicht sein Maximum bei (knapp) 1 mm Abstand zwischen Lichtschranke und Objekt und liegt bei 5 mm noch deutlich über 10 %.



(Siemens-Presebild)

prüfung für den Ft- und Pt-Dienst. Diese Aussage wird auch im Bericht des Berufsbildungsausschusses vom 7. 5. 80 TOP 5.2, letzter Abschnitt, gemacht. Nur ist darin nicht zu erkennen, welche gleichwertige Prüfung zur Ausbildung außerhalb der DBP gemeint ist. Da der in diesem Ausbildungsabschnitt beschäftigte Fernmeldehandwerker schon seine Prüfung absolviert hat, die gleichzusetzen ist der Gesellenprüfung außerhalb der DBP, sind wir der Auffassung, daß die Abschlußprüfung Bft nur eine Technikerprüfung sein kann.

3) Die z. Zt. praktizierte Ausbildung mit dann folgender Prüfung Bft (techn. Assistent) ist u. E. nicht mehr zeitgemäß und entspricht nicht den Vorstellungen unserer Vereinigung. Außerdem läßt sich diese Form eines Berufsabschlusses nicht in die Berufsabschlüsse der freien Wirtschaft einordnen. Siehe auch die Aussage des BPM zur Einführung des Berufsbildungspasses vom 4. 7. 1980. Damit stellt sich also die Frage zur Neuordnung des gesamten mittleren technischen Dienstes bei der DBP.

Ausbildungskonzept Techniker (Post) Ft, Pt

1) Laufbahnbewerber

Zugelassen werden alle Bewerber, die innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes erworbene, gleichwertige Tätigkeiten absolviert haben und mit einer ihrem Bildungsgang entsprechenden Prüfung abgeschlossen haben.

Für die Bewerber des öffentlichen Dienstes (DBP) ist die mit Erfolg bestandene Prüfung zum Fernmeldehandwerker erforderlich.

Bewerber außerhalb des öffentlichen Dienstes müssen einen inhaltlich gleichzusetzenden Bildungsgang mit abgeschlossener Prüfung vorweisen.

2) Ausbildungsgang

Der Ausbildungsgang dauert in der Regel drei Jahre. Er besteht aus einer fachtheoretischen und einer praktischen Ausbildung.

a) Die fachtheoretische Ausbildung soll die Fachkenntnisse vermitteln, die eine Beherrschung der heutigen Fernmeldetechnik mit ihren einzelnen Fachbereichen gewährleistet. Hierbei ist die insbesondere in den letzten Jahren an Bedeutung zunehmende Technik in der Analog-Digital- und Mikroprozessortechnik sowie Kenntnisse in der Datenverarbeitung zu berücksichtigen. Die Breitbandigkeit der innerhalb der DBP betriebenen Techniken läßt die Möglichkeit im fachtheoretischen Bereich eine Abschlußprüfung mit Schwerpunkten in den einzelnen Fachbereichen zu. Möglichkeit der Aufgliederung: Fachbereiche VT/E Ü/FU Mt/Pt.

b) Die praktische Ausbildung soll dem Bewerber Einblick in die Verschiedenartigkeit der innerhalb der DBP betriebenen Techniken ermöglichen. Hierbei soll er sich nach einer Einführungszeit von Monaten den Überblick verschaffen, den er für die Abschlußprüfung braucht.

Die dann folgende praktische Ausbildung sollte sich sodann auf die Fachbereiche konzentrieren, die den Schwerpunkt seiner Ausbildung ausmacht.

Dieses Fachpraktikum sollte dann im Wechsel mit den theoretischen Ausbildungslehrgängen abgestimmt bis zur Abschlußprüfung durchgeführt werden.

3) Ausbildungsstätten

Die z. Zt. im Bereich der DBP arbeitenden Fernmeldeschulen haben in ihrer jetzigen Form für die Aus- bzw. Fortbildung außerhalb des öffentlichen Dienstes keine Anerkennung gefunden. (Berufsbildungspass)

In ihrer Ausstattung und Besetzung mit Lehr- und Ausbildungspersonal aber haben diese eine den Technikerschulen gleichzusetzende Kapazität. U. E. wären diese Ausbildungsstätten mit den sicher besser zu nutzenden Möglichkeiten eine adäquate Lösung gegenüber der freien Wirtschaft. Die DBP hat hier die einmalige Chance, Bildung und Ausbildung ihres Personals im mittleren technischen Dienst optimal zu nutzen.

Parallel zu diesen Schulen läßt sich ein Berufspraktikum in den einzelnen Fernmelde- (Ft) und Postämtern (Pt) durchführen, deren Ergänzung in den Labors bzw. Übungsräumen dieser Schulen erfolgen könnte.

4) Prüfungen

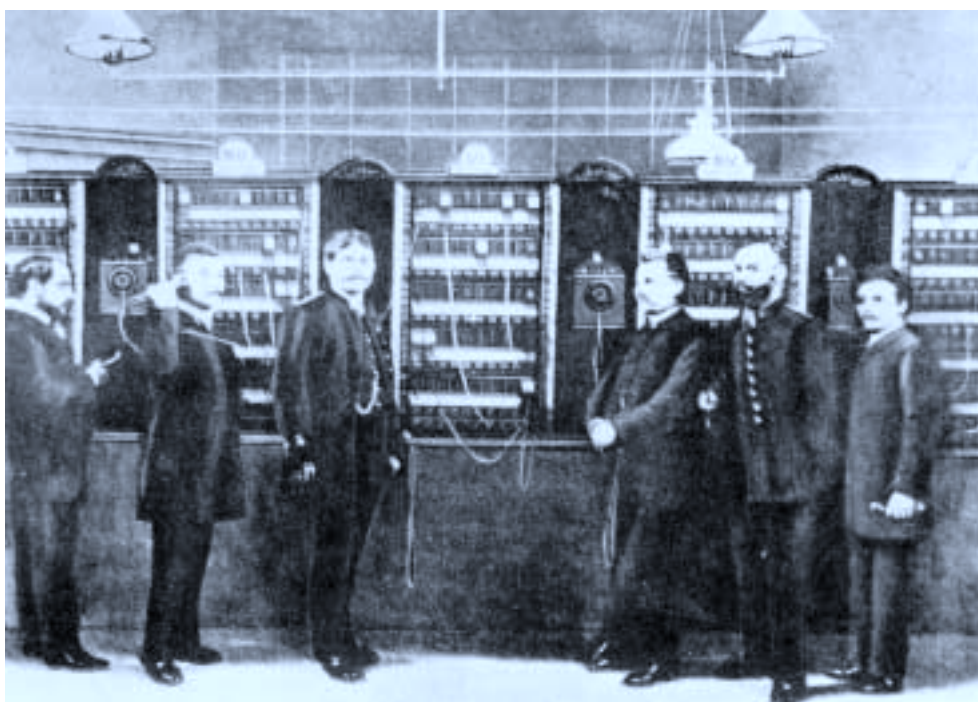
Die jetzige Laufbahnprüfung (BFt) paßt in kein gleichwertiges Berufsbild der freien Wirtschaft. Auch der in der EG eingeführte Berufsbildungspass läßt eine Definition des Berufsbildes B Ft-Kraft nicht zu.

Hier muß der Arbeitgeber DBP endlich handeln. Die Fortbildung innerhalb der DBP muß umgewandelt werden in Ausbildung. Eine gezielte Ausbildung gerade im Bereich der Technik bei der DBP setzt auch bedingt durch die Altersstruktur in dieser Zeit größere Kräfte frei, die dann auch wirtschaftlicher einzusetzen sind. Die Voraussetzung für eine interne Prüfung ist durch die Ausbildungsreferate bei den OPDn vorhanden. Die Prüfung sollte den Abschluß der fachtheoretischen und praktischen Ausbildung darstellen.

März 1981, Bez. Ver. Hessen

 J. Rieger

siemens presseinformation +++ siemens



Vor 100 Jahren in Berlin: In der ersten öffentlichen Fernsprechvermittlung stellten zunächst Beamte mit der Hand die Telefonverbindung her.

Betr.: Mehrarbeitsabteilung bei der Deutschen Bundespost

Zur Abgeltung von Mehrarbeit bei der Deutschen Bundespost erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Werner Zeidler:

Wir begrüßen, daß die Deutsche Bundespost in diesem Jahr entgegen dem Verhalten vieler Arbeitgeber ihr Investitionsvolumen mit einem Auftragswert von jetzt 12,4 Milliarden Mark weiter erhöht hat.

Wir begrüßen auch, daß die Post in diesem Jahr entgegen dem Verhalten fast aller anderen Arbeitgeber die Zahl der Beschäftigten nicht nur gehalten, sondern um 8 400 auf nunmehr 458 820 Arbeitskräfte erhöht hat.

Dennoch gibt es jährlich einen erheblichen Sockel an Überstunden bei der Post. Die Berufsverbände der DBP fordern, diese Überstunden nicht bar, sondern durch Freizeit abzugelten und dafür zusätzlich Arbeitskräfte einzustellen.

Vertreter der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion werden deshalb in Gesprächen erörtern,

1. ob künftig abgeltungspflichtige Mehrarbeit durch eine vorausschauende Stellenplanausweisung besser zu vermeiden ist,
2. wie Mehrarbeit, die auf vorübergehend unvermeidbaren Engpässen beruht, soweit wie möglich innerhalb von spätestens zwölf Monaten in Freizeit abgegolten wird,
3. wie Mehrarbeit, die in bestimmten Bereichen vorausschaubar im nächsten Haushaltsjahr anfallen wird und deshalb im Laufe des Jahres in Freizeit abgegolten werden muß, in der Stellenplanung besser berücksichtigt werden kann,
4. wie bei Schichtarbeitern die Arbeitsbedingungen verbessert werden können, weil in diesen Fällen finanzielle Abgeltung von Mehrarbeit besonders kritisch zu beurteilen ist und erreichte Verbesserungen zur Humanisierung des Arbeitslebens nicht unterlaufen werden dürfen.

Die notwendige Entwicklung der Beschäftigungszahlen muß konkret behandelt werden, sobald Mitte des Jahres zuverlässige Zahlen über die Bedarfsentwicklung vorliegen.

Gscheidle wünscht sich mehr weibliche Auszubildende

Angebot der Post wird nur von wenigen genutzt
Frauen in technischen Berufen klagen über anhaltende Diskriminierung

von unserer Mitarbeiterin Ingeborg Jahn

BONN, 24. März. Bedeutend mehr weibliche Bewerber wünscht sich Bundespostminister Kurt Gscheidle für sein großzügiges Angebot an Ausbildungsplätzen des Berufes "Fernmeldehandwerker", der jungen Frauen die gleichen Chancen bietet wie jungen Männern und der nach mehrjähriger Berufstätigkeit in die Beamtenlaufbahn einmünden kann.

Seit einem runden Jahrzehnt, so sagte Gscheidle am Dienstag auf einer Pressekonferenz in seinem Ministerium, werbe die Deutsche Bundespost in diesem Sinne um junge Mädchen. Bei der Vergabe der vorhandenen Ausbildungsplätze würden im "Unternehmen Post" Mädchen wie Jungen gleichwertig berücksichtigt. Tests hätten ergeben, daß die Erfordernisse dieses Berufs im Rahmen der körperlichen Belastbarkeit von Frauen liege. Am guten Willen der Deutschen Bundespost liege es also nicht, wenn die Mädchen trotzdem noch immer nur etwa zwei Prozent aller Auszubildenden in gewerblich-technischen Berufen der Post stellten, meinte Gscheidle.

Die Post beteilige sich daher seit zwei Jahren an vom Wissenschaftsministerium durchgeführten Modellprogrammen zur "Erschließung gewerblich-technischer Berufe für Mädchen", erklärte der Minister weiter. Unter anderem wolle man dabei herausfinden, warum das Ausbildungsangebot für den lukrativen und nicht durch Rationalisierungsmaßnahmen bedrohten Beruf der Fernmeldehandwerkerin so wenig Anziehungskraft auf die jungen Frauen ausübe. Bei 66 Bewerberinnen wurde in der Phase der Berufswahl nach Qualifikationen, Motiven und Beeinflussungen geforscht. 22 von ihnen erhielten dann im Herbst 1980 Ausbildungsplätze als Fernmeldehandwerkerinnen in Bonn.

In dem von Gscheidle vorgelegten Zwischenbericht über den Versuch heißt es, fast alle jungen Frauen hätten über geschlechtsspezifische Diskriminierungen während der Phase der Berufsfindung geklagt. Je ausgeprägter ihre Orientierung auf den gewerblich-technischen Bereich sei, desto vielfältiger seien ihre Berichte und desto intensiver auch ihre Empörung über die Vorurteile ihrer Umwelt. Als einer der häufigsten Gründe sei aber auch angegeben worden: "Was ich in der Ausbildung zur Fernmeldehandwerkerin lerne, kann ich später als Ehefrau und Mutter doch nicht gebrauchen."

Ein anderes Handicap ist nach Untersuchungen des Bundeswissenschaftsministeriums die Tatsache, daß weder den Schulabgängerinnen noch ihren Eltern und häufig nicht einmal den Ausbildungsbetrieben bekannt sei, daß fast alle Berufe und Ausbildungsplätze nach geltendem Recht Frauen ebenso offenstehen wie Männern. Ein Merkblatt für Interessenten am Beruf Fernmeldehandwerker(in) ist bei den Arbeitsämtern kostenlos zu erhalten.

Anschrift



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Ausgabe 3 / 1981

16. Jahrgang

„Aktion junge Beamte“

Zur Sache A 9 Z

**Bewerbung von
A 8 nach A 9 Z
möglich**

Seite 2

**Pt-Fachgespräch
im BPM am
22. 7. 81**

Seite 3

**Briefe an das
ZDF, die SPD
und das BPM**

Seite 4

**Aus den Bezirken
und
Ortsvereinigungen**

Seite 5

„Die halbe Wahrheit“

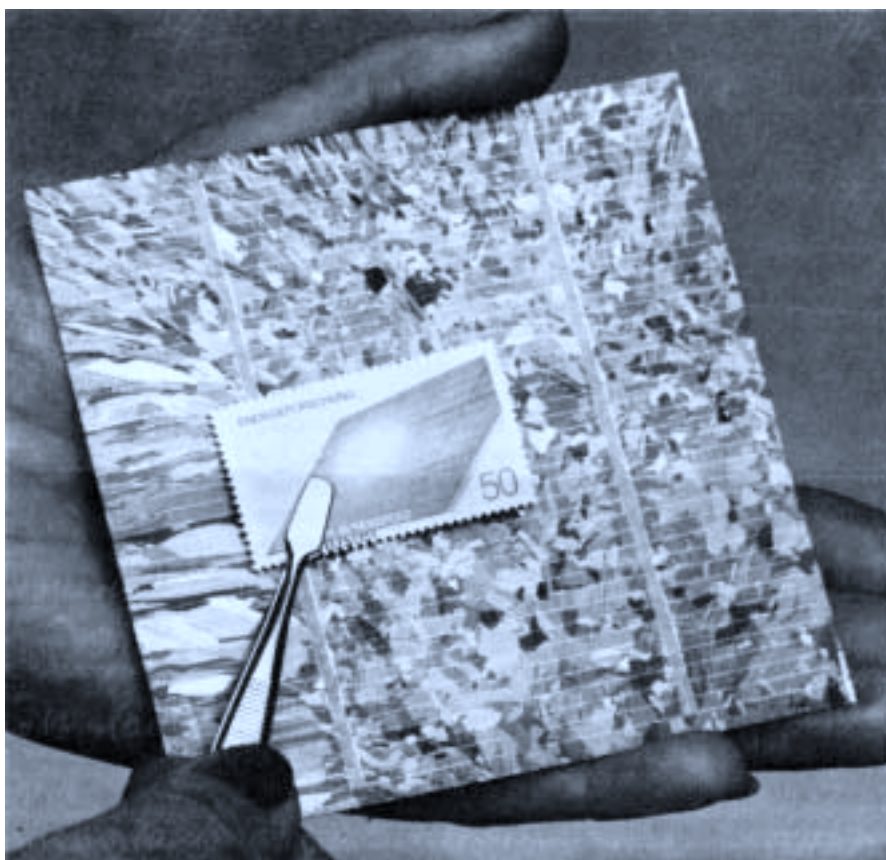
Seite 6

Leserbriefe

**Redaktionsschluß
Ausgabe 4/81
am 1. 11. 81**

Seite 6

Neue Sonderbriefmarke „Energieforschung“



Kostenlose Primärenergie: Sonne

Eine Sonderbriefmarke zum aktuellen Thema „Energieforschung“ gab die Deutsche Bundespost am 16. Juli 1981 heraus. Der auf der neuen Marke gezeigte Solargenerator wandelt die Sonnenenergie direkt in elektrischen Strom um. Er besteht aus einer Vielzahl von Silizium-Solarzellen, die unser Bild zeigt. Seit vielen Jahren beschäftigt sich AEG-Telefunken mit Unterstützung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie intensiv mit dieser alternativen Energietechnik. Diese Arbeiten der Ingenieure des Elektrokonzerns haben dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik auf diesem Gebiet weltweit eine führende Position einnimmt.

„Sonnenkraftwerke“ von AEG-Telefunken liefern schon heute die Energie für z. B. Bewässerungspumpen in Indonesien, Trinkwassererzeugungsanlage in Mexiko, Fernsehfüllsender in der BRD, Funk-Relaisstation in Argentinien, UKW-Sender in Ruanda, Schulfernsehen im Sudan. Jedoch wird schon an Projekten gearbeitet, um in Zukunft ganze Dörfer und Kleinstädte mit solaren photovoltaischen Kraftwerken bis zu Leistungen von einem Megawatt zu versorgen. So baut AEG-Telefunken im Auftrag der Europäischen Gemeinschaft ab 1982 ein 300-kW-Solkraftwerk auf der Nordseeinsel Pellworm.

Foto: AEG-Telefunken

“Aktion junge Beamte“

Im oberen Bereich der Laufbahn des mittleren maschinen- und fernmeldetechnischen Dienstes hat es in den letzten Jahren verschiedene Verbesserungen gegeben; so z. B. den Aufstieg für besondere Verwendung für Beamte, die das 50. Lebensjahr überschritten haben und ihre Arbeit in der Spitzenstellung A 9 verrichten. Im letzten Jahr ist dann eine Zulagenregelung für Dp A 9 in Form von A 9 Z (Z = Zulage) für einen Teil der Beamten eingeführt worden. Diese Zulagenregelung ist zuerst von allen Kollegen in gleicher Weise freundlich aufgenommen worden. Bei der Verteilung der Dp A 9 Z gab es dann wegen der scheinbar vorhandenen Beförderungslücke A 8 nach A 9 Z einige Schwierigkeiten. Vor einigen Jahren gab es eine sogenannte Abschichtung (die VDFP spricht hier von einer Umschichtung von Cft nach Bft) von 500 Dp A 9/10 nach A 8 und A 9 im Verhältnis von 20 % A 8 zu 80 % A 9. Diese Aktion ist leider nie komplett zu Ende geführt worden. Bedauerlicherweise werden nun in einigen Fachbereichen bei Weggang des Bft-Beamten wieder Cft-Kräfte auf diese Dp gesetzt. Und nicht zuletzt gibt es seit ca. einem Jahrzehnt die Funktionsgruppenbildung mit der Möglichkeit der Ausweitung der Stellenobergrenzen in A 9. Also speziell in diesem Bereich mehr Beförderungsmöglichkeiten als es der gesetzliche Stellenschlüssel vorsieht. Das waren alles Verbesserungen, die jedoch meist nur den älteren Kollegen zugute gekommen sind oder noch kommen werden.

Aber an dieser Stelle kann nicht unerwähnt bleiben, daß sich die VDFP ganz maßgeblich an diesen erreichten Verbesserungen für die Laufbahn beteiligt hat.

So sind in der Vergangenheit mit allen Gremien und Ministerien Gespräche geführt und Forderungen aufgestellt worden, z. B. beim Postministerium, beim Finanzministerium, beim Innenministerium, bei der Kommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechtes, beim Innenausschuß des Deutschen Bundestages, beim Postverwaltungsrat und mit den Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen, sofern sie mit unseren Problemen vertraut waren.

Selbstverständlich sind auch sich sonst bietende Gelegenheiten genutzt worden, immer wieder die Forderungen der VDFP vorzutragen.

Hier soll aber auch in besonderer Weise festgestellt werden, daß unser eigenes Ministerium für unsere Probleme stets ein offenes Ohr hat. Viele Fach- bzw. Informationsgespräche sind mit den verschiedenen Referenten des BPM in den zurückliegenden Jahren geführt worden.

Stets nach dem Motto der VDFP: es soll stets der an der Basis Schaffende mit dem in der höchsten Verwaltung Sitzenden an einen Tisch gebracht werden.

Wenn auch nicht alle Forderungen zum Erfolg geführt haben, so liegt es oft daran, daß die Ministerien in Zwängen stecken, über die sie nicht hinaus können. So z. B. in der Frage zur Konzipierung einer Techniker-Laufbahn, die wir nach wie vor anstreben.

Es soll hier noch einmal wiederholt werden, alle diese vorlaufend aufgezeigten Verbesserungen sind zumeist den älteren Kollegen im oberen Besoldungsbereich der Laufbahn zugute gekommen. Im unteren Bereich der Laufbahn ist, von einigen Verbesserungen abgesehen, nichts wesentliches an Veränderungen geschehen. Das lag in keinsten Weise daran, daß sich die VDFP nicht genauso für die jungen Kollegen in den unteren Besoldungsgruppen eingesetzt hat, wie für die Kollegen in der Spitzenstellung. Nein, dies lag ausschließlich daran, daß die politische Situation Verbesserungen im unteren Bereich der Laufbahn nicht zugelassen hat.

Viele junge Kollegen vergessen jedoch meist, daß sie auch älter werden und dann ebenfalls in den Genuß dieser Verbesserungen kommen.

Der Bundesvorstand wird sich nun verstärkt in einer “Aktion für junge Beamte“ für Verbesserungen in den Eingangsämtern der Laufbahn einsetzen. Wir hoffen und appellieren an unsere jungen Kollegen, daß sie diese “Aktion für junge Beamte“ unterstützen und kräftig mithelfen bei der Arbeit der Vereinigung. Eine Solidaritätserklärung, speziell der jüngeren Kollegen wäre der Besuch unserer Versammlungen – ob nun Mitglied oder nicht, hier gilt es, die Laufbahnverbesserungen mit zu unterstützen.

Bei genügendem Interesse und Aktivität der jungen Kollegen wird die VDFP einen “Kongreß für junge Beamte“ abhalten, auf dem diese Probleme diskutiert werden sollen.

Die Aktion junge Beamte wird sich insbesondere mit folgenden Fragen beschäftigen:

1. Verlustfreie Übernahme in entsprechende Besoldungsgruppen der Laufbahnen (Bundspersonalausschuß)
2. Wegfall der Eingangsbesoldungsgruppen A 5 bzw. A 6
3. Anerkennung der Laufbahnausbildung als Weiterbildung
4. Bildung einer Technikerlaufbahn

Der Bundesvorstand wird nun diese Forderungen allen Verantwortlichen der Parteien, den Ministerien und den Gremien, wie KMK und BBi-Ausschuß, die diese beeinflussen oder erfüllen können, in Anschreiben erläutern oder persönlich vortragen.

Wir werden zukünftig unter dem Stichwort „Aktion junge Beamte“ über diese Aktivitäten berichten. In diesen VDFP-Nachrichten werden Sie lesen können, daß wir bereits damit begonnen haben.

 K. F.


Bewerbung um Dienstposten A 9 Z

Der von uns geschilderte Sachverhalt in der Ausgabe 2/81 unserer VDFP-Nachrichten, wonach sich Kollegen der Besoldungsgruppe A 8 auf Dienstposten A 9 Z bewerben können, besteht unverändert weiter. Eine nochmalige Nachfrage bei der Abteilung 3 des BPM hat keine Änderung im Sachverhalt ergeben.

Hierzu ist festzustellen, daß ein Dienstposten A 9 Z kein neuer Dienstposten ist; vielmehr handelt es sich hier um einen bestehenden Dienstposten A 9, der durch seine herausragende Tätigkeit mit einer Amtszulage (ruhegehaltspflichtig) von DM 248,75 charakterisiert ist.

Weiterhin handelt es sich bei der Zuweisung der Amtszulage um keine Beförderung, es wird auch keine Beförderungsurkunde ausgehändigt, sondern nur eine Verfügung über die Zuweisung der Zulage.

Über die Handhabung bei der Vergabe von Dienstposten

 Informationen und Detailunterlagen können bei der Redaktion angefordert werden.

Herausgeber: Eifert Druck und Verlag GmbH, 7768 Stockach 1 im Auftrage der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. – Der Bundesvorstand – 6000 Frankfurt am Main 1, Postfach 4524. Bezugspreis: durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Verantwortliche Redakteure:
F. J. Hermkes, Lange Hecke 7, 4044 Kaarst 1, Tel. dienstl. 0211/4490612, privat 02101/69599; Waldemar Hörle, Gerh.-Hauptmann-Ring 137, 6000 Frankfurt 50, Tel. 0611/571655, dienstl. 06196/4782751.
Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP und der Redaktion dar.

A 9 Z geben die nachfolgend aufgeführten Verfügungen nähere Auskünfte:

1. Allgemeine Grundsätze für die Übertragung von Dienstposten und für die Beförderung der Beamten der Deutschen Bundespost
(Amtsblattverfügung Nr. 564/1978, Amtsblatt Nr. 78/1978 vom 04. 07. 78; hier insbesondere der Punkt 1.1.)
2. Allgemeine Richtlinien über die Ausschreibung von Dienstposten im Bereich der Deutschen Bundespost (Ausschreibungsrichtlinien)
(Amtsblattverfügung Nr. 243/1980, Amtsblatt Nr. 43/1980 vom 20. 03. 1980; hier insbesondere der Punkt 3.4., Absatz 1 und 2)

Im Bereich der Deutschen Bundespost sind zur Zeit ca. 10 Dienstposten A 9 Z nach unseren Informationen mit Beamten der Besoldungsgruppe A 8 besetzt.

Weiterhin ist zu bemerken, daß die Berufsverbände bzw. Außenstehende über das Verfahren vom BPM informiert wurden. Ebenso erteilt das BPM den OPDn auf Anfrage hin nähere Auskünfte.

Anlage zur AmtsblVfg 564/1978

Allgemeine Grundsätze für die Übertragung von Dienstposten und für die Beförderung der Beamten der Deutschen Bundespost

Präambel

Die Übertragung eines Dienstpostens an denjenigen, der den Anforderungen am ehesten entspricht, und die vorrangige Beförderung desjenigen, der die besten Leistungen erbringt, erhöhen die Effizienz der Aufgabenerfüllung. Die nachfolgenden Grundsätze sollen dazu dienen, dieses Ziel zu verwirklichen.

1 Übertragung von Dienstposten

1.1 Entscheidungsgrundlagen

Die Übertragung von Dienstposten richtet sich nach dem Grundsatz, daß entsprechend den Anforderungen, die an den Dienstposteninhaber zu stellen sind, der am besten geeignete Beamte ausgewählt wird. („**Der richtige Mann auf den richtigen Platz!**“). Merkmale für die Feststellung der Eignung sind in erster Linie auf den zu besetzenden Dienstposten bezogene

- Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten
 - bisherige Leistungen und Tätigkeiten sowie das dienstliche Verhalten
- des Beamten. Ebenso ist das
- allgemeine Leistungsbild des Beamten
- zu berücksichtigen. Für die Eignung für den zu besetzenden Dienstposten können auch
- Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten, die außerdienstlich erworben sind,

berücksichtigt werden. Der Begriff der Eignung schließt auch die gesundheitliche Eignung ein. Sie ist nach den offenkundigen Ursachen für häufige oder längere Erkrankungen zu beurteilen, weniger nach der Zahl der Krankentage.

Durch die Berücksichtigung der aufgezeigten Merkmale soll erreicht werden, daß der ausgewählte Beamte den Anforderungen des Dienstpostens möglichst nahe kommt. Nur wenn nach Abwägung aller die Eignung für den betreffenden Dienstposten bestimmenden Faktoren Beamte als gleichgeeignet anzusehen sind, geben grundsätzlich die Besoldungsgruppe und danach das allgemeine Dienstalter den Ausschlag.

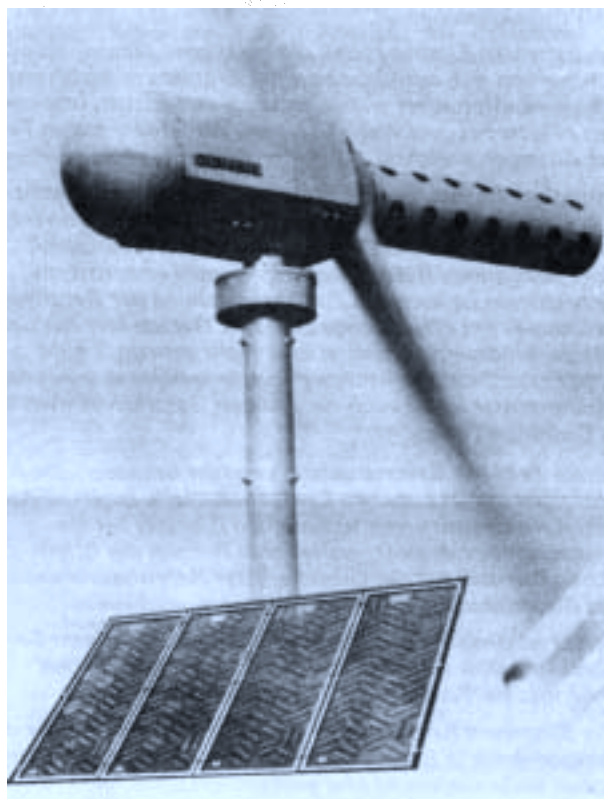
Amtsbl. 43/1980

3.4 Berechtigter Personenkreis

(1) Um ausgeschriebene Beförderungsdienstposten sollen sich grundsätzlich nur Beamte der in der Ausschreibung angegebenen Laufbahn bzw. Laufbahnen bewerben. Die Bewerber sollen der gleichen oder der nächstniederen Besoldungsgruppe angehören.

(2) Ausnahmsweise können sich beispielsweise Beamte einer niedrigeren als der vorstehend angegebenen Besoldungsgruppe bewerben, wenn für die Besetzung eines Dienstpostens die fachliche Qualifikation, die z. B. durch intensive Fortbildungsmaßnahmen erworben worden ist, im Vordergrund steht.

(3) Ausnahmsweise können sich beispielsweise auch Beamte anderer Laufbahnen der gleichen und der nächstniederen Besoldungsgruppe bewerben, wenn sie bereits längere Zeit die nach Art und Laufbahn entsprechende Tätigkeit ausgeübt und hierfür eine besondere Befähigung nachgewiesen haben.



siemens presseinformation+++siemens

Sonne und Wind setzt Österreich ein, um das Fernsehen in extrem gelegenen Gebieten sicherzustellen. Beide Energiespeisen eine Batterie, die einen TV-Umsetzer mit Strom versorgt. Unser Bild zeigt als Fotomontage den Windgenerator und die Solarpaneele.

Siemens-Pressbild

Pt-Fachgespräch

BPM-Gespräch am 22. Juli 1981

Der masch.-techn. Dienst ist ein selbständiger Dienstzweig, der Arbeit leistet, die eng mit dem fernmeldetechnischen Dienst verbunden sind.

Die Kollegen der Maschinenteknik tragen mit zunehmender Technisierung die Verantwortung für eine reibungslose Betriebsabwicklung. Eine lange Reihe von Vorschriften im Bereich Energieversorgung, Umweltschutz, Gewerbeverordnungsung, VDE, Unfallverhütung usw., die sehr umfangreich und mit Risiken verbunden sind, gehören zum Rüstzeug der Kräfte, ohne daß die Bewertung diesen Anforderungen Schritt gehalten hätte. Dies war Anlaß, beim BPM ein Pt-

Fachgespräch zu führen.

Die personellen Folgen im Werkstattendienst durch die Abgabe des Postreisedienstes und Organisations- und Bewertungsfragen im maschinentechnischen Dienst wurden dabei angesprochen.

Als unverständlich bezeichnete die VDFP, daß der Pt-Dienst weder 1971 noch 1974 in die Funktionsgruppenregelung einbezogen wurde. Dies sei eine eindeutige Benachteiligung dieser Mitarbeiter.

Schreiben der VDFP vom 28. Juli 1981 an

Zweites Deutsches Fernsehen
Postfach
6500 Mainz

Zur Sendung "Dienen und verdienen, der öffentliche Dienst und seine Privilegien" am 15. 7. 81, 22,15 Uhr.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Interesse habe ich Ihre Sendung verfolgt. Leider mußte ich feststellen, daß man an den eigentlichen Problemen vorbeigegangen ist.

Ich hatte den Eindruck, daß die beteiligten Gesprächsteilnehmer von sich aus nicht an einer Erörterung anstehender Probleme interessiert waren, sondern versuchten, brennenden Fragen aus dem Wege zu gehen. Außerdem waren Teile der Aussagen unrichtig.

Grundlage für das heutige Beamtentum in seiner Gesamtheit sind Gesetze und Vorschriften, die zum Teil im vorigen Jahrhundert konzipiert wurden. Daß dieser Tatbestand einer dringenden Reform bedarf, ist wohl unbestritten. Unbestritten ist auch die Zunichtemachung der Reformbestrebungen des öffentlichen Dienstes. Gerade hier hat der jetzige Bundesinnenminister eine nicht geringe Schuld. Eine Frage Ihrerseits in dieser Richtung hätte den Bundesinnenminister sowie auch die anderen Gesprächsteilnehmer in Bedrängnis gebracht.

Große Teile der Beamtenschaft und hier besonders die Angehörigen der technischen Laufbahnen, u. a. auch die Angehörigen des mittleren technischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost, wollen eine Reform des öffentlichen Dienstes auf der Grundlage der Reformkommission des Bundesinnenministeriums.

Leider ist diese Reformkommission nach 10jährigem Bestand aufgelöst worden, ohne deren Ergebnisse in den wesentlichen Teilen in die Tat umzusetzen.

Der Beamtenschaft pauschal Vorwürfe zu machen oder den Personenkreis in Bausch und Bogen zu verdammern, ist im hohen Maße ungerecht und größtenteils unsachlich. Vielmehr ist es nach meiner Auffassung auch ein Versäumnis der zuständigen Politiker, wenn die Handlungsweise der Beamten in einigen Fällen Erinnerungen an die Verwaltungspraktiken des "Alten Fritz" heraufbeschwört.

Alle Probleme Ihrer Sendung aufzuzeigen, ist in diesem Schreiben nicht möglich; das läßt sich nur in einem persönlichen Gespräch aufzeigen, zu dem ich Ihnen gerne zur Verfügung stehe.

Nach meiner Meinung hätte sich Ihre Sendung u. a. auch mit folgenden Problemen befassen müssen:

1. Unterschiede zwischen politischen Beamten und Berufsbeamten
2. Unterschiede zwischen Tarifkräften (Arbeitern und Angestellten) und Beamten; z. B. Einkommensverluste von bis zu DM 400,- bei der Übernahme von Tarifkräften in das Beamtenverhältnis, wie es im mittleren technischen Dienst bei der Deutschen Bundespost üblich ist.
3. Unterschiede zwischen Verwaltungslaufbahnen mit rein schulischer Vorbildung und technischen Laufbahnen mit beruflicher Ausbildung
4. Besetzung von Beamtendienstposten mit Tarifkräften, versucht hier die Bundesregierung einen Abbau des Berufsbeamtentums?
5. Neuordnung der Tätigkeiten zu den Laufbahnen

6. Einsparungen des Bundes durch eine Nichteinbeziehung der Bundesbeamten in das System der sozialen Abgaben, Einsparungen des Bundes bei der Übernahme von Tarifkräften in das Beamtenverhältnis

Diese Punkte sind nach meiner Meinung in Ihrer Sendung unbeantwortet geblieben, obwohl sie in das Konzept der Sendung gepaßt hätten.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine Anmerkung machen:

Es wird immer behauptet, daß eine Reform des öffentlichen Dienstrechtes mehr Geld kosten würde. Insbesondere unter Berücksichtigung des Punktes 5 müßte die Bundesregierung noch den Gegenbeweis erbringen. Ich habe den Eindruck, daß die Politiker hier eine Reform verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Fischer – Bundesvorsitzender –

Schreiben der VDFP vom 28. Juli 1981 an

Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für das
Post- und Fernmeldewesen
Herrn Helmuth Becker
Postfach 8001
5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

mit sehr großem Unbehagen sehen wir die zunehmende Verschlechterung der finanziellen Lage der Einstiegsbeamten im mittleren technischen Dienst bei der Deutschen Bundespost.

Wir mußten erneut feststellen, daß die Ungleichbehandlung zwischen Tarifpersonal und Beamten immer größer wird.

Die zwar gleichen Erhöhungen von 4,3 % bringen wegen des ungleichen Bruttobetragtes zwischen Tarifpersonal und Beamten (insbesondere in der Besoldungsgruppe A5 bei gleicher Tätigkeit) eine weitere finanzielle Verschlechterung, da der bereits seit Jahren vorhandene Nettoverlust von bis zu DM 400,- bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis weiterbesteht.

Wir fordern daher eine Beseitigung dieses Nettoverlustes bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis sowie einen finanziellen vergleichbaren Einstieg für die Laufbahn des mittleren technischen Dienstes.

In der letzten Zeit lehnen immer mehr Kräfte eine Übernahme in das Beamtenverhältnis wegen des Nettoverlustes ab. Dies führt zu der Situation, daß die übernahmeunwilligen Kräfte als Tarifpersonal auf Beamtendienstposten beschäftigt werden und somit die Beförderungsmöglichkeiten von übernahmewilligen Kräften blockieren.

Der vorhandene finanzielle Verlust bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis kann nicht einfach durch die unterschiedlichen Bezahlungssysteme von Tarifpersonal und Beamten erklärt werden.

Sicherlich kann man auch nicht argumentieren, daß dies der Preis dafür ist, daß der Beamte in der heutigen Situation einen krisenfesten Arbeitsplatz erhält.

Die zur Übernahme in das Beamtenverhältnis anstehenden Kräfte sind zum Teil Familienväter oder planen die Gründung einer Familie. Man darf in diesem Zusammenhang sicher davon ausgehen, daß dieser Personenkreis von der sozial-liberalen Koalition als schutzwürdig betrachtet wird. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß durch die finanzielle Schlechterstellung gerade der Personenkreis getroffen wird, der sich dem Staat gegenüber zu einem besonderen Treueverhältnis verpflichtet hat.

In Erwartung Ihrer geschätzten Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Karl Fischer – Bundesvorsitzender –

Gleichlautender Text ging an den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion Karl Liedtke, MdB.

Schreiben der VDFP vom 24. Juni 1981 an

Bundesministerium für das
Post- und Fernmeldewesen
Berufsbildungsausschuß
Postfach 8001
5300 Bonn 1

Ausbildungsordnung für den mittleren technischen Dienst

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie uns bekannt wurde, wird zur Zeit in Ihrem Hause an einer neuen Ausbildungsordnung für den mittleren technischen Dienst gearbeitet.

Die VDFP ist der Auffassung, daß die Ausbildung im mittleren technischen Dienst mit dem staatlich geprüften Techniker abschließen muß.

Wir bitten daher um einen Gesprächstermin zu diesem Themenkreis.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Fischer – Bundesvorsitzender –



siemens presseinformation+++siemens

Die nördlichen Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland können demnächst vom Auto aus komfortabler telefonieren als zu Hause. Für das neue Autotelefonnetz in Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland, das demnächst in Betrieb geht, hat Siemens ein Telefon entwickelt, dessen Bedienungsfunktionen im Hörer enthalten sind.

Siemens-Pressbild

Aus den Bezirken

OV Würzburg

Seit dem 1. 8. besteht im Bereich des FA Würzburg eine OV; 1. Vorsitzender Joachim Jahnel, DSt UFe, Telefon: 0931/33-598.

OV Fulda

Modell D 1 des BPM zur Ausbildung im mittleren fernmeldetechnischen Dienst (BFt-Dienst)
(Veröffentlichung in den VDFP-Nachrichten Ausg. 2/81)

In diesem Modell werden die bisherigen drei Laufbahnen (V/T, Ü/Fu, E/L) in zwei Laufbahnen zusammengefaßt:

1. Laufbahn der Gerätetechnik (BFt/G)
2. Laufbahn der Linientechnik (BFt/L)

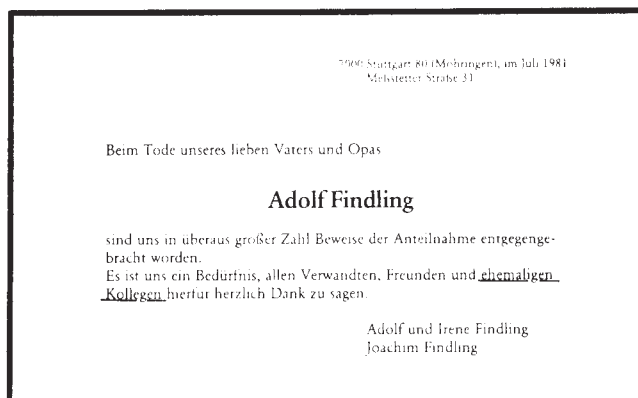
Zu diesem Ausbildungsmodell folgende Bemerkungen:

1. In der Laufbahn Bft/L sind – nach Darstellung in diesem Ausbildungsmodell – die beschäftigten Fernmeldehandwerker von Anfang an auf sich alleine gestellt und mit Weisungsbefugnis eingesetzt. Diese Tatsache findet ihre Honorierung mit der Einstufung dieser Tätigkeiten in Lohngruppe II.

Die Fernmeldehandwerker in der Laufbahn Bft/G werden in der Lohngruppe III eingestuft, weil sie "zunächst" nur ausführende Tätigkeiten verrichten und "überwiegend" in der Gruppe arbeiten. Diesem entgegen steht aber eine zusätzliche Ausbildung in der Analog-, Digital- und Mikroprozessortechnik sowie der DVA und der rechnergesteuerten Vermittlungstechnik. Außerdem werden in der derzeit geübten Praxis auch in anderen Fachbereichen die F-Handw in Eigenverantwortung eingesetzt, z. B. Entstörer, BetrKr im FeUBz, BetrKr in den DSt FuÜ, FeÜ, UD.

2. Die Einführung dieser neuen Ausbildungsordnung würde zu einer postinternen Lösung der Ausbildung für den mittleren technischen Dienst führen. Eine Änderung des gesamten Laufbahngefüges im mittleren technischen Dienst wäre umgangen und somit eine Einführung der Technikerlaufbahn mit einer entsprechenden Besoldung in Frage gestellt.

Bezirk Stuttgart



Bezirk Pfalz

Die Kollegen der VDFP-Pfalz haben am 13. Juni in Lindenberg/Pfalz ihre Jahreshauptversammlung 81 abgehalten.

Bei dem sachlichen Referat vom 2. Vorsitzenden Paul Mang und den Beiträgen der Kollegen Huber und Rieser vom Bezirk Nordbaden, die aus der Sicht des Bundesvorstandes die Problematik unserer Laufbahn aufzeigten, entstand eine rege Diskussion, die zeigte, daß in der Basis bei den Kollegen sich immer wieder neue Probleme ergeben, die gelöst werden müssen. Der 1. Vorsitzende Duffy verwies auf die Problematik bei UD und UFe hin, wo auch von der Basis her der Anstoß kam und der Bezirksvorstand sich bis hin zum BPM einsetzte.

Er betonte nochmals die notwendige Mitarbeit eines jeden Kollegen, damit der Vorstand auch die einzelnen Probleme in jedem Fachbereich aufgreifen und an den Bundesvorstand weiterleiten kann. Hier werden für die Bezirksvorstände und den Bundesvorstand die Aufgaben noch zunehmen.

Vom Bezirksvorstand wurde bedauert, daß doch viele junge Kollegen nicht zu dem Treffen gekommen waren.

Leserbrief

Sind Fernmelde- und Posttechniker nur Erfüllungsgehilfen?

Koblenz -- Nachdem im Jahre 1972 der damalige Bundespostminister Prof. Dr. Ehmke den Personenkreis des fernmeldetechnischen Dienstes als „fortgebildete Handwerker“ bezeichnete, hat nun die OPD Koblenz die Katze aus dem Sack gelassen. Sie vertritt die Meinung, daß die Betriebskräfte im Meß- und Unterhaltungsdienst an analogen- und digitalen Einrichtungen lediglich Erfüllungsgehilfen von Vorschriften sind. Dabei brauchen diese Kräfte ihren Geist „überwiegend . . . nicht“ zu nutzen.

Eine solche Verwaltungsmeinung vom April '81 zeigt deutlich, daß alles was unterhalb der Ingenieurtätigkeit angesiedelt ist, nur als geistig verkrüppelter Wasserträger betrachtet wird. Mit der so abwertenden Meinung wurde ein

Antrag auf „Widerrufliche Vergütung auf besonders schwierige Dp des FeÜ Betriebsdienstes“ abgelehnt.

Es stellt sich uns die logische Frage, hat der Verfasser je seinen Geist genutzt, um über die Inhalte der Ausbildungsordnungen nachzudenken? Drei Jahre Lehre, Ausbildungszeit, Lehrgänge und Prüfungen sowie dienstliche und freiwillige Fortbildung in der Folge, wofür das alles? Die hier festgelegten Anforderungen müßten auch von reinen Verwaltungs-Theoretikern zu erfassen sein. Für eine gewisse betriebsfremde Praxisferne könnten die so abgewerteten Betriebskräfte noch Verständnis aufbringen. Dies erleben wir allzuoft, so daß wir dazu tatsächlich unseren Geist kaum belasten müssen.

Andreas Damian

„Die halbe Wahrheit“

Post hält sich an die Verfassung

Regierung: Tarifkräfte nur ausnahmsweise auf Beamtenposten

In Übereinstimmung mit dem Grundgesetz habe die Deutsche Bundespost für eine Beschäftigung auf Personalposten für Beamte grundsätzlich den Einsatz von Beamten vorgesehen. Die Beschäftigung von Tarifkräften werde als Ausnahme betrachtet. Das betont die Bundesregierung in ihrer am 24. Juni im Bundestag veröffentlichten Antwort (9/601) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (9/527) nach dem Abbau des Beamtenstatus bei der Post.

Danach ergeben sich die Ausnahmen in einigen Dienstzweigen aus praktischen, besonders betrieblichen und zum Teil auch aus laufbahnrechtlichen Gründen. So wird mitgeteilt, daß Nachwuchskräfte, die vorwiegend im Postspar-kassen- und Postscheckdienst sowie im Fernmeldedienst an Stelle eines Lehrverhältnisses oder entsprechender Anwärter-Laufbahnen tätig seien, nach Ablegen der Prüfungen und bei Erfüllen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen ins Beamtenverhältnis übernommen würden.

Weiterhin gebe es Ausnahmen bei den Teilzeitbeschäftigten, für die die beamtenrechtlichen Bestimmungen eine Übernahme ins Beamtenverhältnis bei gleichzeitigem Verbleib in einem betrieblich notwendigen Teilzeitarbeitsverhältnis noch nicht zuließen. Ausnahmsweise würden Tarifkräfte schließlich als Saisonkräfte, als Vertreter oder als Mitarbeiter in Dienstbereichen mit Verkehrsschwankungen beschäftigt.

Weiter heißt es in der Antwort, die Verwendung von auf Lebenszeit angestellten Beamten müsse sich an einem auf Jahrzehnte ausgerichteten Grundbedarf ausrichten. In bestimmten Dienstzweigen werde ein angemessener Anteil der Mitarbeiter deshalb im Tarifverhältnis beschäftigt, damit eine bessere Anpassung des Gesamtpersonalbestandes an mögliche Verkehrsschwankungen gelinge. Trotzdem werde auch diesen Kräften von Zeit zu Zeit die Möglichkeit gegeben, im Rahmen des jeweils ermittelten langfristigen Bedarfs ins Beamtenverhältnis einzutreten.

Antrag abgelehnt

Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion (9/174), die Bundesregierung aufzufordern, den Stopp der für elf deutsche Großstädte vorgesehenen flächendeckenden Breitband-Verkabelung „unverzüglich aufzuheben“, soll abgelehnt werden. Dafür sprach sich der Ausschuß für Forschung und Technologie in einer Empfehlung an den Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen am 24. Juni aus.

(Beiträge aus wib 13/81 – IX/12)



siemens presseinformation+++siemens

Aus dem neuen Siemens-Film: 78 Quarze faßt diese ringförmige Aufnahme für einen automatischen Meßplatz zur Bestimmung von Resonanzfrequenz und -widerstand im Temperaturbereich von -40 bis $+85^{\circ}\text{C}$.

Siemens-Presebild

Der Gastkommentar

Kampf um Arbeit – kein Lippenbekenntnis!

Die Arbeiterbewegung ist der Motor des sozialen Fortschrittes, dies in Wirtschaft und Gesellschaft; einer Gesellschaft, die damit beginnt, die hohe Arbeitslosenzahl als unabänderlich zu tolerieren.

Arbeiter, Angestellte und Beamte sind in Solidarität am 1. Mai und an den Vorabenden gegen diese Gleichgültigkeit marschiert. Bei allen Aufmärschen und Kundgebungen des DGB mit seinen 17 Einheitsgewerkschaften standen die Forderungen nach Vollbeschäftigung im Mittelpunkt, so auch in Koblenz und Bendorf. In Bendorf wurde die Verstärkung der kommunalen Investitionen vom Bürgermeister und den Stadtratsmitgliedern verlangt. Die Arbeitnehmer und Gewerkschaftler mit kommunalen Mandaten und Ämtern sind somit in die Pflicht genommen. Es wird von ihnen verlangt, daß die kommunalen Investitionsvorhaben gegenüber den Planungen nicht zurückgenommen werden. Darüber hinaus ist der Ausschöpfung der Stellenpläne, gegenüber dem Anmosern der Rechnungshöfe, der Vorrang zu geben. Für niemanden mit politischer Verantwortung darf die Besserung der Arbeitsmarktsituation zu einem bloßen Lippenbekenntnis werden. Denn ein für seine Arbeit bezahlter Bürger ist in jedem Fall billiger, als die Bezahlung eines Arbeitslosen über die Arbeitslosenunterstützung. All unseren arbeitslosen Mitmenschen – dabei spielt die Nationalität keine Rolle – gehört unsere uneingeschränkte Solidarität. Denn die so in Not geratenen sind nicht die Nutznießer, sondern die Opfer dieser Wirtschaftsordnung. Opfer, weil Wirtschaftsbesitzer und Wirtschaftsverbände heute schon offen von "Lohnpause" mit dem Ziel der Senkung des Reallohnes sprechen. Demgegenüber steht für mich, dem Sozialdemokraten, fest, daß Lohnverzicht keinen einzigen Arbeitsplatz schafft. Und mit Kurt Tucholsky bin ich der Meinung, indem er sagt: "Wir kennen den Text, wir kennen die Verfasser. Sie trinken heimlich Wein und predigen öffentlich Wasser."

1. Mai 1981 bedeutete für mich die Solidarität mit den Arbeitslosen und die Anforderung an mich selbst der Not der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten. Welche Not Arbeitslosigkeit zeugt, zeigte vorzüglich die Ausstellung "Solidarität" im Bendorfer Rathaus, die vom Streik der Drucker im Frühjahr 78 berichtet. Aber auch die Dokumentation "Es geht um Alle" von Clement Moreau in der Koblenzer Kulturfabrik, in der der DGB Koblenz Graphiken des Koblenzers zeigt, weist auf die Nöte der Erwerbslosigkeit der 30er Jahre hin und prangert sie an.

Zwei Ausstellungen, deren Besuch jeweils nachhaltigen Eindruck hinterläßt und die Zukunftsanforderung, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit als Priorität ersten Ranges vorgibt.

Auszug aus Bendorf/Vallendarer Wochenspiegel vom 7. Mai 1981

"Frankfurter Tages-Anzeiger" vom 8. Mai 1981:

Acht kluge Köpfe bei der Bundespost

fke – "Acht kluge Köpfe bei der Post", die durch Einreichen von betrieblichen Verbesserungsvorschlägen in erheblichem Maße Zeit und Geld einsparen helfen, wurden vom Präsidenten der Oberpostdirektion, Dipl.-Ing. Albert Albensöder, jetzt offiziell ausgezeichnet. An erster Stelle sind die Fernmeldeamtänner Armin Heil und der technische Fernmeldeoberinspektor Horst Fath vom Fernmeldeamt I zu nennen, die sich im handvermittelten Auslandsferndienst etwas einfallen ließen, um bei Rundfunkübertragungen notwendige Verbindungen ins Ausland schneller zustande zu bringen. Etwa 8000 solcher Rundfunkschaltungen sind jährlich notwendig.

Zu einer erheblichen Kosteneinsparung von annähernd 20.000 Mark hat Fernmeldeamtann Peter Haas beigetragen. Er konnte nachweisen, daß mit Hilfe von Mini-Computern auch im Bereich des Fernmeldewesens viele Routinetätigkeiten nicht mehr von Menschen ausgeführt werden müssen. Die Fernmeldebetriebsinspektoren und Sekretäre Eckhard Held, Hans Schürkes und Karl Küber (alle vom Fernmeldeamt Taunus) erarbeiteten ein beschleunigtes Verfahren zur Beseitigung von Leitungsstörungen. Auch zwei Posthandwerker, Rolf Lehmann (Hanau) und Horst Wehr vom Postamt IV in Frankfurt, wurden ausgezeichnet. Sie machten Vorschläge zur Energieeinsparung in Dienstwohnungen und zum Schutz von Bremsleitungen an Gabelstaplern.

Die Oberpostdirektion Frankfurt liegt jetzt mit einem Durchschnittssatz von 7,35 Verbesserungsvorschlägen für 1000 Mitarbeiter an der Spitze aller Postdienststellen im Bundesgebiet.

Mit 11.000 Störungen an der Spitze

Hoher Schaden durch mutwillige Beschädigung von Telefonzellen

If – Frankfurt hat seinen traurigen Ruf, die Stadt mit den meisten beschädigten Münzfernsprechern zu sein, erneut gefestigt und alle anderen Großstädte der Bundesrepublik weit hinter sich gelassen. Die 1300 Münzfernsprecher, die im Ortsnetz Frankfurt (ohne Sachsenhausen, die westlichen Vororte und Offenbach) installiert sind, wurden in den vergangenen 12 Monaten insgesamt 10 950 mal demoliert. Mehr als die Hälfte der gewaltsamen Störungen entfallen auf die 130 Münzfernsprecher im Bereich Hauptbahnhof und die 35 Münzfernsprecher im Raume Hauptwache. Genau 634 865,- DM Reparaturkosten wurden erforderlich.

In ganz Hessen einschließlich Frankfurt gibt es 12 000 Münzfernsprecher. An diesen wurden 14 756 Schäden festgestellt und zur Beseitigung 1,51 Millionen DM aufgewendet. 517 Täter, deren Strafverfahren zu einem Teil eingestellt wurden oder aber die mit glimpflichen Strafen davonkamen, mußte die Post auf Zahlung von 237 000,- DM Schadenersatz verklagen. Die Post rechnet außerdem mit einem Gebührenausschlag von 126 000,- DM. Mehr als 50 000,- DM zahlte die Post für Hinweise von Bürgern, die mitgeholfen hatten, Rowdys das Handwerk zu legen.

Nicht einmal die Stahlkabel, die die Verbindung vom Hörer zum Gerät herstellen, blieben verschont. Die Post ist dazu übergegangen, die Telefonhäuschen mit kleineren Glasflächen auszurüsten und immer mehr Kunststoff zu verwenden. Darüber hinaus strebt sie an, die Telefonzellen aus "Winkeln und Ecken" herauszuholen und dort hinzustellen, wo sie stärker einsehbar sind, auch wenn das Architektonik und Stadtgestalter nicht paßt. Ferner will sie in Zukunft mehr als seither "Telefonhauben" verwenden, die von allen Seiten praktisch einsehbar sind und bei denen man sich nicht hinter Blech und Glas verstecken kann.

Mehr und mehr Ärger bereiten der Post aber auch diejenigen, die versuchen, mit Falschmünzen zu telefonieren oder aber an die Geldkassetten heranzukommen. In einigen wichtigen Bereichen wurden die Geldkassetten jetzt durch Alarmsirenen gesichert. Beim Aufheulen der Sirenen werden zum Beispiel im Hauptbahnhof Polizisten und Postbeamte sofort alarmiert, um die Täter zu fassen – wie es in der vergangenen Woche binnen zwei Stunden im Hauptbahnhof glückte.

Beschlüsse der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 1982 und zum Finanzplan 1981 bis 1985

vom 2./3. September 1981

Zweites Haushaltsstrukturgesetz

Alle verbleibenden gesetzlichen Maßnahmen sind im Entwurf des 2. Haushaltsstrukturgesetzes zusammengefaßt.

Von den ausgabewirksamen Maßnahmen sind folgende Bereiche hervorzuheben:

Öffentlicher Dienst

Von den notwendigen Einsparungen kann der Bereich des öffentlichen Dienstes nicht ausgenommen werden. Von den Einschränkungen, die allein 1982 für die Gebietskörperschaften zu Entlastungen von 2,3 Mrd. DM führen, entfallen auf dieses Gesetz rd. 1,4 Mrd. DM. Der Restbetrag soll insbesondere durch eine Verschiebung der Besoldungsanpassung (z. B. Beamte) gegenüber dem Tarifbereich (Angestellte und Arbeiter) um drei Monate (0,8 Mrd. DM), eine erneute Streichung von 1 v. H. aller Stellen (ohne Soldaten) im unmittelbaren Bundesbereich einschließlich der Zuwendungsempfänger sowie durch Einschränkungen im Beihilferecht des Bundes erbracht werden.

Von den Maßnahmen in diesem Gesetz sind hervorzuheben

- Kürzung der Bezüge um 1 v. H. des Anfangsgrundgehalts bzw. des Festgehaltes und des Ortszuschlages (Stufe 1); entsprechendes gilt für Versorgungsempfänger;
- Abbau des örtlichen Sonderzuschlags in Berlin;
- stufenweiser Abbau von Doppelversorgungsregelungen.

Die Kürzung der Beamtenbezüge wirkt sich unmittelbar auch auf Angestellte im öffentlichen Dienst aus. Die Einbeziehung der Arbeiter im öffentlichen Dienst ist beabsichtigt.

Anschrift

Anlage 1

Gesamtübersicht Haushaltsentwurf 1982 / Finanzplan 1981 bis 1985 — in Milliarden DM — (Differenzen durch Rundung)

	1981	1982	1983	1984	1985
I. Ausgaben					
Steigerung (v. H.) ¹⁾	231,16 (+ 7,2)	240,77 (+ 4,2)	249,9 (+ 3,8)	259,2 (+ 3,7)	268,8 (+ 3,7)
II. Einnahmen					
1. Steuereinnahmen	182,46	195,53	207,7	221,4	237,6
davon:					
— Abbau Steuervergünstigung		(+ 1,39)	(+ 1,9)	(+ 2,7)	(+ 3,6)
— Verbrauchsteuer (insbes. Tabaksteuer)		(+ 1,99)	(+ 3,0)	(+ 3,4)	(+ 3,6)
— degr. AfA, Inv.-Zulage Maßnahmen Baubereich, Verlustrückgang		(- 0,34)	(- 1,0)	(- 2,1)	(- 3,0)
2. Verwaltungseinnahmen	14,43	18,20	15,8	12,8	13,2
davon:					
— Bundesbank		(+ 6,10)	(+ 3,5)		
3. Münzeinnahmen	0,49	0,54	0,5	0,5	0,5
4. Nettokreditaufnahme	33,78	26,50	25,8	24,5	17,5

¹⁾ Steigerung 1981 gegenüber Vorjahres ist von 215,71 Milliarden DM

Anlage 1 a

Entwurf Bundeshaushalt 1982 — Einzelplanübersicht —

Ausgaben

Einzelplan	Soll 1981	Entwurf 1982	Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H.
	in Mill. DM		
01 Bundespräsidialamt	15,1	15,4	+ 2,0
02 Bundestag	367,6	358,1	- 2,6
03 Bundesrat	10,2	9,9	- 2,9
04 Bundeskanzleramt	411,7	414,4	+ 0,6
05 Auswärtiges Amt	2121,7	2272,1	+ 7,1
06 Inneres	3484,3	3473,9	- 0,3
07 Justiz	346,5	354,5	+ 2,3
08 Finanzen	3057,3	3090,6	+ 1,1
09 Wirtschaft	5809,9	4624,3	- 20,4
10 Ernährung, Landwirtschaft	6091,2	5981,9	- 1,8
11 Arbeit und Soziales	54402,7	54371,0	- 0,1
12 Verkehr	25016,7	24661,4	- 1,4
13 Post- und Fernmeldewesen	15,5	16,1	+ 3,9
14 Verteidigung	42061,8	43828,0	+ 4,2
15 Jugend, Familie, Gesundheit	20179,2	18214,7	- 9,7
19 Bundesverfassungsgericht	11,6	12,1	+ 4,3
20 Bundesrechnungshof	35,9	39,4	+ 9,7
23 Wirtschaftliche Zusammenarbeit	5840,9	6106,2	+ 4,5
25 Raumordnung, Bauwesen, Städtebau	5012,3	4741,4	- 5,4
27 Innerdeutsche Beziehungen	465,6	422,3	- 9,3
30 Forschung und Technologie	6074,3	6536,4	+ 7,6
31 Bildung und Wissenschaft	4269,5	4441,5	+ 4,0
32 Bundesschuld	19125,9	26162,1	+ 36,8
33 Versorgung	9891,4	9811,7	- 0,8
35 Verteidigungslasten	1399,9	1405,2	+ 0,4
36 Zivile Verteidigung	740,6	769,3	+ 3,9
60 Allgemeine Finanzverwaltung	14895,8	18634,8	+ 25,1
Gesamtsumme	231155,0	249768,5	+ 4,2



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Ausgabe 4 / 1981

16. Jahrgang

§ 29 BLV – gesundheitlich und finanziell noch zumutbar?

**Entwurf
der VDFP:
Neues Ausbildungs-
konzept**

Seite 2

**Antwortschreiben
des BPM und
der SPD-Fraktion**

Seite 3

**Aus den
Arbeitsgruppen
Pt, PIL**

Seite 3

Aus den Bezirken

Seite 4

**Wissenschaftsrat
fordert**

Seite 6

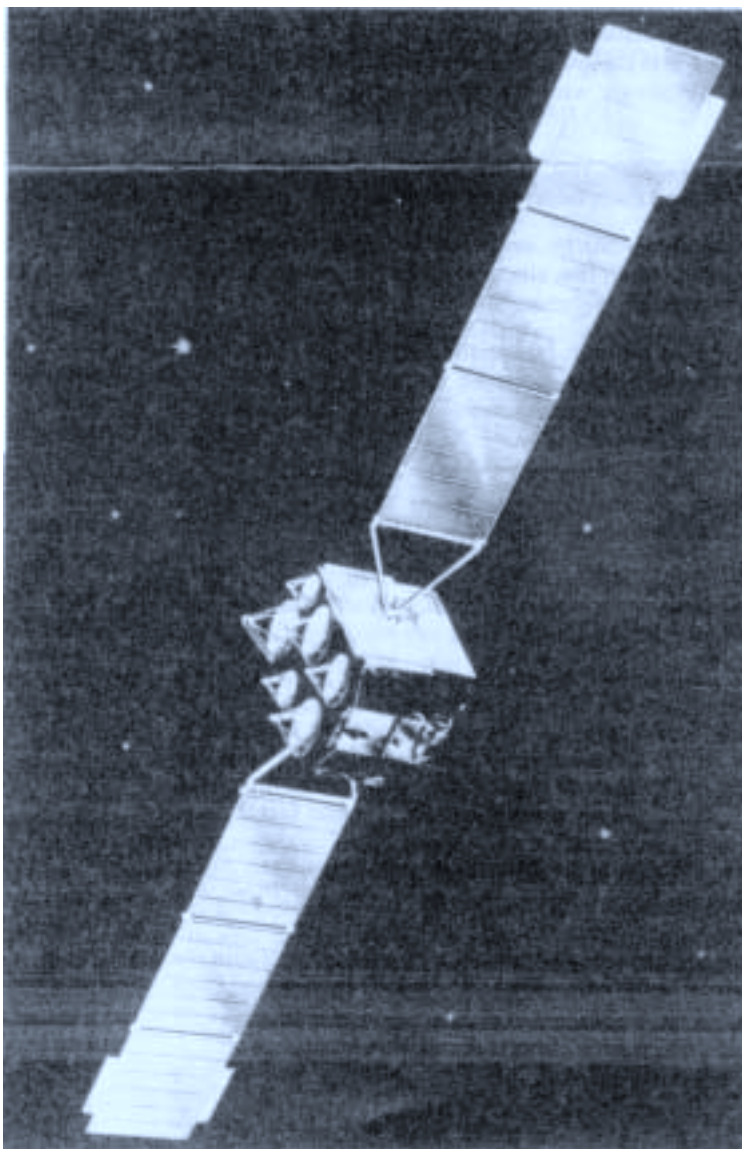
**Meldungen
der Presse+
... presseinformation**

Seite 6-8

Europas erster Nachrichtensatellit nimmt Gestalt an

Fertiggestellt wurde der Transponder, d. h. der nachrichtentechnische Teil des ersten kommerziell genutzten europäischen Nachrichtensatelliten ECS hier im staubfreien Laboratorium von AEG-Telefunken im schwäbischen Backnang. Das „Herz“ des europäischen Gemeinschaftsprojektes befindet sich jetzt zum Einbau in den Satellitenkörper in Frankreich und wird Anfang 1982 mit der „Ariane“-Rakete in 36.000 km Höhe im Weltraum positioniert. Dann sind die Länder Europas mit 24.500 neuen Telefonverbindungen und zwei Fernsehkanälen noch enger miteinander verbunden.

AEG pri 7132



AEG Pressebild

§ 29 BLV – gesundheitlich und finanziell noch zumutbar?

Nachdem die erste Welle für den Aufstieg zur besonderen Verwendung abgeebbt ist, bleibt uns nur einen Glückwunsch den Kollegen auszusprechen, die diese Möglichkeit erfolgreich genutzt haben.

Wir sehen jetzt einer düsteren Zukunft entgegen, wenn man sich mit dem neuen Auswahlverfahren für den Aufstieg nach § 29 BLV eingehend beschäftigt. Bei genauerer Betrachtung sind bei den Auswahlkriterien wesentlich größere Maßstäbe angelegt worden als bei der früheren Eignungsfeststellung für den Aufstieg von BfT nach Cft.
(S. auch BPM Vfg 312-1 A 6249-1 vom 11. 9. 1981.)

Neu an diesem Auswahlverfahren ist vor allem das im schriftlichen Teil der Prüfung angesetzte Diktat von ca. 25 Schreibmaschinenzeilen oder das Ausfüllen von einem Lückentest. Im anschließenden Aufsatz hat man drei Themen zur Wahl, bei einer Bearbeitungszeit von 120 Minuten. Der Abschluß ist der mündliche Teil, der in Form eines Rundgespräches stattfinden soll. Die Zulassung zum schriftlichen und mündlichen Teil der Prüfung setzt ausreichende Ergebnisse im jeweils vorangegangenen Teil voraus.

Hier müssen wir nun die Frage aufwerfen, ob man einem fünfzigjährigen oder älteren Kollegen nicht etwas zuviel zumutet. Leistungswille und viel Engagement wird vorausgesetzt, um in diesem Alter noch solch einen Kapazitätsnachweis zu erbringen. Eine evtl. gesundheitliche Schädigung des Einzelnen wird dabei fast völlig außeracht gelassen.

Ein praxisbezogener Teil in der Eignungsfeststellung wäre unserer Meinung nach wesentlich sinnvoller.

Unsere Forderung bleibt somit weiter untermauert, diese Aufstiegsmöglichkeit bereits mit dem Erreichen des 45. Lebensjahres zu ermöglichen.

Betrachtet man nun die finanzielle Seite des Aufstieges, so sind hier besonders die Kollegen nachteilig betroffen, die älter als 55 Jahre sind und schon einen Dienstposten A 10 übertragen bekommen haben.

Nachfolgend drucken wir zu diesem Thema einen an die Redaktion eingesandten Leserbrief:

Verwendungsaufstieg gemäß § 29 BLV in der Fassung vom 15. 11. 1978

Nach Bekanntgabe der Neufassung der BLV habe ich mich im Frühjahr 1979 um den obigen Aufstieg beworben. Inzwischen wurde mir ein Dienstposten A 10 Ft mit Wirkung vom 1. 12. 1980 vorläufig übertragen.

Leider ist zur Zeit kein Fortschritt zum Verwendungsaufstieg zu erkennen, obwohl die neue BLV schon fast 3 Jahre alt ist.

In letzter Zeit erhaltene Informationen veranlassen mich, Ihnen nachfolgende Fragen vorzulegen und um Ihren Rat zu bitten.

- 1. Da bisher noch keine Anzeichen für den Aufruf und die Lehrgänge erkennbar sind, ist davon auszugehen, daß nach Absolvierung der Lehrgänge die Übernahme zum A 9 frühestens im nächsten Jahr möglich ist.*
- 2. Nach augenblicklichem Stand ist mit einer Beförderung zum A 10 frühestens in 3 bis 4 Jahren zu rechnen. Diese Zeit wird sich wegen der augenblicklichen Haushaltslage noch verlängern.*
- 3. Nach einer Beförderung zum A 10 sind erst nach 2 Jahren die Dienstbezüge nach A 10 ruhegehaltstfähig.*

- 4. Während dieser Zeit nach 2. und 3., also zur Zeit etwa 6 Jahre, sind nur die Dienstbezüge nach A 9 ruhegehaltstfähig. Das sind gegenüber A 9 Z zur Zeit DM 259,45 + 87,- DM -145,- DM = DM 201,45 monatlich weniger.*
- 5. Während der gleichen Zeit verringern sich durch Aufzählen der Besitzstandswahrung gegenüber dem jetzigen A 9 Z die monatlichen Bezüge ebenfalls um den Betrag von DM 201,45.*
- 6. Da ich zur Zeit 57,5 Jahre alt bin, kann ich also nur unter günstigen Umständen bis zum 65. Lebensjahr, also in 7,5 Jahren einen finanziellen Erfolg des Verwendungsaufstieges für den Ruhestand erhalten.*
- 7. Während dieser 7,5 Jahre muß ich gegenüber dem jetzigen A 9 Z jedoch einen finanziellen Verlust von ca. 11.784,83 brutto hinnehmen (7,5 Jahre - noch ca. 1 Jahr A 9 Z und 2 Jahre A 10 = $4,5 \times 13 \times 201,45$ DM). Die sich anfänglich ergebende Besitzstandswahrung ist hierbei nicht berücksichtigt. Sie verringert den obigen Verlust, dies hebt sich aber durch Gehaltserhöhungen nach Auslaufen der Besitzstandswahrung wahrscheinlich wieder auf.*
- 8. Sollte ich nicht bis zum 65. Lebensjahr dienstfähig bleiben (was bei dem heutigen hohen Stand von vorzeitigen Zurruhestellungen durchaus möglich ist), so war der ganze Aufwand für den Verwendungsaufstieg umsonst und ich bin obendrein gegenüber meinem jetzigen A 9 Z Gehalt noch bestraft.*

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, ob die obigen Zusammenhänge vom Gesetzgeber überhaupt erkannt worden sind, bzw. ob mit einer schnellen Korrektur zu rechnen ist.

Die einzige Lösung, um diese Benachteiligungen auszu-schließen, wäre die Übernahme nach A 10 statt nach A 9. Gleichzeitig bitte ich, mir mitzuteilen, zu welchem Verhalten Sie mir unter den augenblicklichen Verhältnissen raten. Für baldige Antwort im voraus vielen Dank.

gez. Unterschrift

Konzept des Bundesvorstandes für eine künftige BfT-Ausbildung:

Der Bundesvorstand fordert ein Ausbildungsprogramm für den mittleren technischen Dienst mit dem Abschluß des staatlich geprüften Technikers:

Ausbildungskonzept

1. Ausbildungsvoraussetzungen:

Zugelassen werden alle Bewerber, die innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes gleichwertige Tätigkeiten (Berufsfeld: Elektrotechnik) ausübten und mit einer ihrem Bildungsgang entsprechenden Prüfung abgeschlossen haben.

Für die Bewerber des öffentlichen Dienstes (DBP) ist die mit Erfolg abgelegte Prüfung zum Fernmeldehandwerker erforderlich.



Informationen und Detailunterlagen können bei der Redaktion angefordert werden.

Herausgeber: Eifert Druck und Verlag GmbH, 7768 Stockach 1 im Auftrage der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. - Der Bundesvorstand - 6000 Frankfurt am Main 1, Postfach 4524. Bezugspreis: durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Verantwortliche Redakteure:
F. J. Hermkes, Volmerswertherstr. 29, 4044 Kaarst 1, Tel. dienstl. 0211/4490612, privat 02101/35550, Waldemar Hörle, Gerh.-Hauptmann-Ring 137, 6000 Frankfurt 50, Tel. 0611/571655, dienstl. 06196/4782751.
Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP und der Redaktion dar.

2. Ausbildungsgang:

Er besteht aus einer fachtheoretischen, einer verwaltungs- und einer praktischen Ausbildung.

Die fachtheoretische Ausbildung soll die Fachkenntnisse vermitteln, die für die Beherrschung der Kommunikationstechniken erforderlich sind. Insbesondere sollen die physikalischen und mathematischen Grundlagen vermittelt werden, die diese Techniken beinhalten.

Hierbei sind die in den letzten Jahren an Bedeutung gewinnenden Bereiche der Analog-, Digital- und Mikroprozessortechnik sowie die Kenntnisse in der Datenverarbeitung zu beachten.

Die Meß- und Regeltechnik soll vermittelt werden.

Die Verwaltungsausbildung sollte einen umfassenden Überblick des Verwaltungswesens im Bereich der DBP geben, einschl. Arbeitspädagogik, Mitarbeiterführung sowie die Vermittlung von Rechtskenntnissen.

Die praktische Ausbildung gibt einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Kommunikationstechniken der DBP. Sie soll im Wechsel mit der theoretischen Ausbildung erfolgen.

3. Prüfung:

Die praktische und theoretische Ausbildung endet mit der Prüfung zum staatl. geprüften Techniker.

Antwortschreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Helmuth Becker vom 1. 9. 81 auf das Schreiben der VDFP vom 28. 7. 81 (siehe VDFP-Nachrichten 3/81).

DER BUNDESMINISTER FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN – Parlamentarischer Staatssekretär –

An den Bundesvorsitzenden der
Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V.
Herrn Karl Fischer

Sehr geehrter Herr Fischer,

das von Ihnen angesprochene Problem der Einkommensminderung bei Übernahme von Arbeitern und Angestellten in das Beamtenverhältnis ist mir bekannt. Allerdings können nach Unterlagen des BPM Ihre Feststellungen und Befürchtungen nicht bestätigt werden.

Insbesondere der von Ihnen angegebene Nettoverlust von etwa DM 400,- als Folge der Übernahme eines Handwerkers in das Beamtenverhältnis dürfte sich danach auf wenige, nicht repräsentative Einzelfälle beschränken. In der weitaus überwiegenden Anzahl der Fälle bewegt sich die Einkommenseinbuße zwischen 150,- und 200,- DM und ist somit dann in etwa ausgeglichen, wenn dem in das Beamtenverhältnis übernommenen Beschäftigten ein Amt der Besoldungsgruppe A 7 verliehen wird. Für das erste Jahr nach der Übernahme werden die Einkommensverluste zudem durch die Übergangszahlung nach § 75 Bundesbesoldungsgesetz ausgeglichen.

Darüber hinaus muß berücksichtigt werden, daß bei der vergleichenden Betrachtung des weiteren dienstlichen Werdeganges eines Beamten und einer Tarifkraft, die die Übernahme in das Beamtenverhältnis abgelehnt hat, letztere sehr selten eine der Spitzenstellung des mittleren technischen Dienstes entsprechende Rechtsstellung erreicht.

Die Befürchtung, daß dieser Weg in die Beförderungssämter und in die Spitzenstellungen des mittleren technischen Dienstes durch nicht übernahmewilligen Handwerker blockiert werden könnte, ist nach den gegenwärtigen absoluten Zahlen – trotz steigender Tendenz bei den Ablehnungen – nicht realistisch. So umfaßt der mittlere fernmeldetechnische Dienst 50.847 Personalposten; insgesamt haben aber bisher nur 1.139 Nachwuchskräfte die Übernahme in diese Laufbahn abgelehnt.

Nicht zu bestreiten ist, daß das Problem der Einkommensverluste auch einer Bereinigung vom Grundsatz her bedürfte. Es existieren hierfür auch zahlreiche Denkansätze für Lösungsmöglichkeiten, die aber letztlich zu erheblichen Mehraufwendungen im Personalkostenbereich führen würden und die sich deswegen bei der allgemeinen Tendenz zu Einsparungen im konsumtiven Bereich der öffentlichen Haushalte von selbst verbieten.

gez. Unterschrift.

KARL LIEDTKE – Mitglied des Deutschen Bundestages,
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen
Bundestagsfraktion

5300 Bonn, Bundeshaus, 25. Sept. 1981

An den Bundesvorsitzenden der
Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V.
Herrn Karl Fischer

... für Ihr Schreiben vom 28. Juli 1981 danke ich.

Zu Ihren Ausführungen hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Herr Becker, in seinem Schreiben vom 1. Sept. 1981 bereits ausführlich Stellung genommen. Ich darf mich darauf beziehen und hinzufügen, daß der Deutsche Bundestag den Gesetzesentwurf der Bundesregierung über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1981 am 1. Okt. 1981 in 2. und 3. Lesung verabschiedet wird.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Unterschrift

Aus den Arbeitsgruppen Pt, PIL:

Berufserwartung der Laufbahn Pt

Im Rahmen der Arbeitstagung Pt vom 10. 9. 1981 wurde die Berufserwartung und die zukünftige Entwicklung der gesamten Laufbahn Pt erörtert.

Das Problem in der Laufbahn entstand aus einer restlos überholten Aufgabenabgrenzung und einer unzureichenden Bewertung, ohne auf die Aufgaben und Verantwortung der Kräfte einzugehen. Auf diese Problematik hinzuweisen, im ständigen Dialog Ansätze zu schaffen und positive Entwicklungstendenzen zu sehen, ist unsere Aufgabe im Arbeitskreis Pt.

Personalbemessung

In dem Punkt Bemessung wurde 1981 für den Bereich Betriebs/Haustechnik eine Probebemessung durchgeführt, allerdings mit der Zuhilfenahme bereits bestehender Erhebungsbögen, in der wichtige Teile fehlen und nicht berücksichtigt wurden. In der Bearbeitung der Bemessung sollten ähnliche Praktiken wie im Fernmeldewesen angestrebt werden.

Dienstpostenbewertung

Die Kollegen der Arbeitsgruppe Pt sind mit den Nachbewertungen vom Januar 1981 nicht zufrieden. Aufgrund einer neuen Schlüsselbewertung beim Ref. 323 erhoffen wir uns die Möglichkeiten zur Nachbewertung in den Besoldungsgruppen. Das Problem von 34 % Aufsichtsanteile ist eine provisorische Lösung, die einer Korrektur bedarf. Die derzeitige Aufschlüsselung trägt den herausgehobenen Aufgaben der bisherigen At Nr. 7203 und 7204 nicht mehr Rechnung. Eine Verbesserung der Bewertungsschlüssel mit folgender Aufteilung A 5/6 : A 7 : A 8 = 30 : 50 : 20 wäre eine Diskussionsgrundlage um die Wertigkeit der von den Kollegen geleisteten Arbeit zu berücksichtigen. Abbewertungen im Bereich der Pt Laufbahn sehen wir sehr kritisch entgegen und hoffen auf Verständnis seitens der Verwaltung, um von diesem Vorhaben abzusehen.

Berufsbild Technikerlaufbahn

Zwecks Erreichung eines anerkannten Technikerabschlusses im Bereich der DBP sollte zunächst das leidige Wort „Fortbildung“ umgewandelt werden in „Weiterbildung“, mit dem Ziel, daß letztendlich für den Einstieg bzw. Aufstieg in den mittleren technischen Dienst eine den staatlichen Technikerschulen vergleichbare Unterrichts- bzw. Ausbildungsstundenzahl angestrebt wird.

Hierzu muß deutlich herausgestellt werden, daß bereits schon heute viele Kollegen unserer Laufbahn mit ihrer Ausbildungszeit, den Fortbildungslehrgängen und etlichen auf Privativinitiative zurückgehenden Weiterbildungsmaßnahmen ohnehin eine zumindest annähernde Unterrichtsstundenzahl im Pflichtfachbereich (vergleichbar den Fachschulen für Technik) nachweisen können. Hier wird noch an Modellbeispielen gearbeitet.

Erfolge nach Einführung eines vergleichbaren Technikerabschlusses und nach Übernahme von Kollegen, die die geforderte Unterrichtsstundenzahl erreicht oder sogar überschritten haben, besondere betrieblich bedingte Neuerungen, so könnte man hier von Fortbildung in Form von Werksunterweisungen, Nachunterrichtungen über laufbahn-betreffende Sachfragen sprechen.

Im Laufbahngefüge wäre die Technikerlaufbahn zwischen dem derzeitigen mittleren und dem gehobenen technischen Dienst einzuordnen (BesGr. A 8 - A 11).

Vor dem Hintergrund der Einsparungstendenzen ist uns die Problematik bewußt und wir versuchen, unsere langjährigen Forderungen stetig und stets in angepaßter Form zu vertreten.

Klaus-Jürgen Haas, Arbeitsgruppe Pt

FTZ—Arbeitstagung zur Vorschriftenpflege F der ArbOrgRichtl 431 PIL in der 44. Woche 1981 in Kiel

Als Arbeitspapier dienen die Entwürfe der FTZ-Arbeitsgruppe Bemessung (PIL), die schon seit Mitte des Jahres 1981 mit einer Überarbeitung der Bezugseinheiten beschäftigt ist.

Die zur Verfügung gestellten Entwürfe enthalten eine tief gestaffelte Aufgabengliederung. Somit war eine Überprüfung, ob alle seit 1977 neu erschienenen FBO und die dazu gehörenden Arbeitsabläufe enthalten sind, sichergestellt. Es wurde in umfangreicher Kleinarbeit jeder Planungsschritt, für alle Bereiche (Ok, OVk, Fk, Sk, BK usw.) und alle Planungsphasen (E-V-A) bearbeitet und den neuen Arbeitsabläufen angepaßt. Die sich hieraus ergebende Aufgabenstellung wurde gleichzeitig jedem einzelnen Aufgabenträger (StV/Sb/Ma) zugeordnet. Hier konnten durch die sachliche Diskussion in der Arbeitsgruppe, speziell bei der Zuordnung, entscheidende Veränderungen gegenüber der alten ArbOrgRichtl PIL erreicht werden.

Eine Verlagerung der Tätigkeiten zugunsten unserer Laufbahngruppe wird sich hoffentlich auch in der neuen Bemessung PIL niederschlagen.

Die Arbeitspapiere werden anschließend der FTZ Arbeitsgruppe Bemessung zur Verfügung gestellt.

Die nächste FTZ-Arbeitstagung (ArbOrgRichtl 431) wird in der 51. Woche 1981 im FA 3 Düsseldorf stattfinden.

F.H.

Aus den Bezirken:

„Bendorfer Zeitung“ vom Freitag, den 2. Oktober 1981

Technischer Wandel stellt hohe Anforderungen

10 Jahre Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Die 10 Jahre des Bestehens der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. (VDFP) im Bezirk Rheinland waren bisher von einem steten Wandel der Technik gekennzeichnet. Dies, einhergehend mit ständigen Rationalisierungsmaßnahmen, stellte an die Fernmeldetechniker der Deutschen Bundespost die höchsten Anforderungen.

Bestimmend für die Arbeit der VDFP als Berufsgruppenvertretung war und ist die tätigkeitsgerechte Bezahlung der auszuführenden Tätigkeiten in der Planung, Bauausführung, Unterhaltung, Betreiben und Entstören der Fernmelde-einrichtungen und deren Netze.

Seit der Gründung des VDFP Bezirkes Rheinland (5. 5. 71) wurde gutes Einvernehmen mit den Gewerkschaften erzielt. Mit ihnen galt der Fort- und Weiterbildung, insbesondere auch für Schichtdienstleistende, besondere Anstrengungen. Die VDFP ist der Auffassung, daß auch die/der vom Schichtdienst zu befreien ist, wenn die Weiterbildung auf privatem Wege erfolgt. Denn letztlich könne der schnelle Wandel der Technik nur mit entsprechend geschultem Personal beherrscht werden.

Mit diesem hohen Fachwissen begründet die VDFP als Zwischenlösung den Fortfall der Besoldungsgruppe A 5 beim mittleren post- und fernmeldetechnischen Dienst. Denn trotz mehrerer abgelegter Prüfungen erhält der technische Post-/Fernmeldeassistent bei der Übernahme ins Beamtenverhältnis ca. DM 400,— an Einkommenseinbußen. Hier wird erbrachte Leistung nicht honoriert, sondern bestraft. Für die Betroffenen sind dies untragbare Benachteiligungen, weil bei gleicher Tätigkeit hohe Unterschiede in der Bezahlung erfolgen. Dies ist nicht nur ungerecht nach dem Gleichheitsgrundsatz sondern auch noch familienfeindlich, da ein solcher Einkommensverlust oftmals die Familiengründung unmöglich macht.



Empfang der VDFP anlässlich des 10jährigen Bestehens in der Oberpostdirektion.

Von links n. rechts: Herr Sackenheim, Präsident Dr. Jobst, VDFP-Vorsitzender Damian u. Bürgermstr. Trennheuser
Foto Cornely

„Hanauer Anzeiger“ vom Montag, den 2. November 1981

Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker tagte in Hanau

H a n a u (wi)—Rund 110 Delegierte der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker trafen sich am Donnerstag in der Hanauer Stadthalle zu ihrem Bezirksdelegiertentag, um aktuelle Fragen zu erörtern sowie Regularien zu absolvieren. In Hessen hat die Vereinigung 1.160 Mitglieder.

In einem Kurzreferat ging der Bezirksvorsitzende Josef Rieger aus Fulda auf die Sparmaßnahmen der Bundesregierung ein. Rieger: „Was uns verbittert, ist allein die Tatsache,

daß immer an denselben Bürgern gespart werden soll. Die für 1982 angekündigten allgemeinen Kürzungen bringen glücklicherweise viele auf den Plan. Für den mittleren fernmeldetechnischen und Post-Dienst allerdings ist es fast schon zu spät."

„Um wenigstens den schlimmsten Schaden von den Beschäftigten des mittleren technischen Dienstes abzuwenden, fordern wir daher die Änderung des Ausbildungskonzeptes und einen staatlich anerkannten Technikerabschluß. Dabei wenden wir uns allerdings energisch gegen die angestrebte Unterteilung in Linien- und Gerätetechnik, um eine ‚Klassengesellschaft‘ innerhalb des Fernmeldewesens zu vermeiden.“

Rieger wies auch darauf hin, daß dort, wo Personal gebraucht werde, es zu Streichungen komme; in Bonn allerdings werde eine überflüssige Behörde mit sechzig neuen Dienstposten geschaffen.

Aktuelle Probleme des mittleren technischen Dienstes hatte auch Abteilungsleiter von Jasienicki sich zum Thema seines Referates genommen. Dabei ging es wieder um Sparmaßnahmen. Ferner stellte der Referent fest, daß gerade im Großraum Frankfurt ein Fehlbestand von knapp zwölf Prozent bei den Fernmeldetechnikern vorhanden sei. Dies sei allein auf die hohen Lebenshaltungskosten zurückzuführen, die nicht mit dem minimalen Lohn ausgeglichen werden können. Von Jasienicki wies auch darauf hin, daß bei den übrigen Fernmeldeämtern Fulda, Kassel, Gießen, Hanau, Darmstadt und Wiesbaden lediglich ein Fehlbestand von fünf Prozent vorhanden sei.

Als Gast zu diesem Delegiertentag – der nächste wird im Oktober 1982 in Frankfurt stattfinden – war der stellvertretende Bundesvorsitzende Peter Behrend aus Berlin nach Hanau gekommen, der ebenfalls eine Ausführung zur Lage der Fernmeldetechniker machte.



Der Bezirksdelegiertentag der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker in der Hanauer Stadthalle wurde zum Anlaß genommen, um über die aktuellen Sparmaßnahmen der Bundesregierung zu diskutieren.

Jahreshauptversammlung am 5. 11. 1981 der Bezirksvereinigung Rhein- Ruhr im Kasino des FA Duisburg, Saarstraße

Die Begrüßungsansprache hielt der 1. Vorsitzende der Bezirksvereinigung, Herbert Dissen, der erfreut durch die zahlreichen Besucher alle herzlich willkommen hieß. Sein besonderer Willkommensgruß richtete sich an folgende Gäste:

Dr. Kohl, Präsident der OPD, Dipl.-Ing. Schulze, die Herren Kemper FA 3, Schleep Vertr. AV FA Duisburg und insbesondere an den Gastreferenten der Fa. Siemens, Herrn Peter Gerke.

Des weiteren gab Kollege Dissen der Hoffnung Ausdruck, daß das BfT-Personal auch in Zukunft zusammenhalten möge, und in neuen Techniken seinen „Mann stehen“ werde.

In einer Art Zukunftsprognose erhob er die Frage, ob das Thema „Technik und Mensch“ Problematik oder Segen bedeuten möge.

Anschließend richtete der Präsident der OPD Düsseldorf,

Dr. Kohl, seine Grußworte an die Versammlung und dankte Herrn Dissen für den freundlichen Empfang. Er bestätigte auch sein weiterhin bestehendes ungetrübtetes Interesse an der Arbeit der VDFP und sagte uns jederzeit mögliche Unterstützung zu.

Der Vortrag von Herrn Dipl.-Ing. Peter Gerke mit dem Thema „Ein Weg zu künftigen universellen Telekommunikationsnetzen“, befaßte sich mit dem Ziel, die vorhandenen Netze in all ihrer Vielfalt und mit allen Vorteilen in einem komplexen Netz zu erfassen, incl. noch kommender Techniken.

Kollege Dissen dankte Herrn Gerke für den guten Vortrag und verabschiedete ihn im Namen der Versammlung. Anschließend ergab sich eine lebhaftere Diskussion, die unter anderem wieder einmal das Problem Handwerker – junge Beamte aufrief, hier insbesondere Verstopfung der Laufbahn „Einkommensverluste“ etc. Eine entsprechende Stellungnahme des Parlamentarischen Staatssekretärs lag vor, in der diese Tatbestände teilweise in Abrede gestellt, bzw. mit der Zurechtweisung weggefegt wurden: „Die allgemeine Haushaltslage verbiete es wohl von selbst, momentan solche Themen aufzugreifen und auf die Erfüllung zu drängen.“

Wissenschaftsrat fordert:

Bezahlung mehr praxisbezogen!

K ö l n – Der VDPI führte am 25. 11. 1981 im Gürzenich die Bundesversammlung '81 durch. Andreas Damian überbrachte die Grüße des VDFP-Bundesvorstandes.

Prof. Dr. Jürgen Siebke (Essen), Mitglied des Wissenschaftsrates, sprach zum Thema „Ingenieurausbildung und aktuelle Wissenschaftspolitik“.

Seine Aussage ist auch für den mittleren technischen Dienst von Bedeutung. Der Wissenschaftsrat hat in einem Gutachten festgelegt, daß die Laufbahnen stärker zusammenzufügen sind. Die Bezahlung soll sich danach mehr an der beruflichen Bewährung orientieren, nicht aber ausschließlich von den erreichten Bildungsabschlüssen abhängig sein.

Der VDPI fordert die Zusammenfassung der C- und D-Laufbahnen, möglichst mit dem Einstieg in A 11.

Analog dazu muß die von der VDFP geforderte Techniker-Laufbahn den entsprechenden Unterbau darstellen.

Der Wissenschaftsrat steht dem positiv gegenüber.

Meldungen der Presse

„FAZ“ vom 28. 11. 1981

Die Bundespost entscheidet sich für IBM

Zuschlag für die Bildschirmtext-Zentrale / Branche ist überrascht

hmr. STUTTGART, 27. November. Die IBM Deutschland GmbH hat jetzt bei einer Ausschreibung der Deutschen Bundespost den Zuschlag für das Trägersystem zur Installation des Kommunikationsdienstes Bildschirmtext erhalten. Die Entscheidung der Post ist bei den traditionellen Lieferanten mit beträchtlicher Überraschung aufgenommen worden. Im Rahmen der mehrjährigen Installationszeit liefert IBM für die Zentralen des Dienstes ihre Rechner-typen 4300 und Serie 1 sowie die dazugehörige Software. Der Auftragswert liegt in der Größenordnung von 50 Millionen DM, doch handelt es sich hierbei um die erste Stufe; das Folgegeschäft dürfte dann größere Dimensionen annehmen.

Rechner der genannten Art gehören zum Standardprogramm von IBM, besitzen jedoch eine hohe Flexibilität. Auf dem Gebiet Bildschirmtext betätigt sich IBM schon seit einiger Zeit mit der Lieferung von Verbindungssoftware zum Bildschirmtext für große private Nutzer des Systems, wie etwa Versand- oder Warenhäuser. Das System, an das in der ersten Stufe etwa 150.000 Teilnehmer angeschlossen werden können, soll bis Herbst 1983 in Betrieb genommen werden.

Die bisherigen Arbeiten an dem System sind von der Post und der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL) Stuttgart, gemeinsam geleistet worden, wobei SEL unter anderem das Pflichtenheft ausgearbeitet hat. Nach SEL-Angaben sind für das System bis jetzt rund 50 Millionen DM Entwicklungsaufwand erbracht worden. In welchem Umfang das Unternehmen seine Arbeiten auf diesem Gebiet fortsetzen wird, ließ SEL-Vorstandschef Dr. Helmut Lohr noch offen. Immerhin hat die SEL einen Auftrag aus der Schweiz und mehrere Absichtserklärungen ausländischer Interessenten für ihr System vorliegen.

Der Vorstand von SEL zeigt sich dementsprechend von der Entscheidung der Bundespost recht betroffen. Dem Vernehmen nach lagen die Konditionen der IBM jedoch günstiger als die der Wettbewerber. Zudem dürfte die Post aus Wettbewerbsgründen bewußt den Kreis ihrer Lieferanten vergrößert haben.

„FAZ“ vom Samstag, den 7. 11. 1981, Nr. 259

Post soll 6000 neue Arbeitsplätze schaffen

Massiver Druck der Gewerkschaft / SPD-Fraktion schlägt Kompromiß vor / Bonner Sparziel damit verfehlt

Ho. BONN, 6. November. Im Streit zwischen der Deutschen Postgewerkschaft und Bundespostminister Gscheidle über den Personalbedarf der Bundespost im nächsten Jahr zeichnet sich jetzt ein Kompromiß ab. Danach könnte sich Gscheidle bereit erklären, 1982 insgesamt 6000 neue Arbeitnehmer bei der Post einzustellen. Nach ersten überschlägigen Berechnungen würde dies den Posthaushalt jährlich mit etwa 300 Millionen DM zusätzlich belasten. Damit hätte der Minister unter dem massiven Druck der Gewerkschaft und der SPD-Bundestagsfraktion das für den gesamten öffentlichen Dienst verkündete Sparziel der Bundesregierung praktisch aufgegeben.

Am Freitag hieß es im Postministerium, nach den letzten Verhandlungen habe der von der Fraktion ausgearbeitete Kompromiß gute Chancen, verwirklicht zu werden. Niemand wollte jedoch die Frage beantworten, ob auch Matthöfer der Neueinstellung von 6000 Postlern zustimmen werde.

Die Absicht von Bundesfinanzminister Matthöfer, das Personal im öffentlichen Dienst um ein Prozent zu kürzen, hätte für die Deutsche Bundespost eine Verminderung ihres Personalbestandes um rund 4500 Personen zur Folge gehabt. Dagegen hat sich die Postgewerkschaft seit Wochen mit allen Mitteln zur Wehr gesetzt. Sie hat Gscheidle aufgefördert, im nächsten Jahr 14.000 zusätzliche Beschäftigte bei der Post einzustellen.

Gscheidle hat demgegenüber darauf hingewiesen, daß sich die Post den Bemühungen um Sparsamkeit nicht entziehen könne. Trotz der für nächstes Jahr geplanten Gebührenerhöhungen werde sich die finanzielle Lage der Post rasch verschlechtern; langfristig steuere das Unternehmen sogar auf rote Zahlen zu. Wenn die Post 10.000 zusätzliche Kräfte einstelle, vermindere sich damit ihre Investitionskraft jedes Jahr um eine halbe Milliarde. Die Post habe daher keine andere Wahl, als den Personalzuwachs zu begrenzen.

Die Postgewerkschaft hat sich davon nicht überzeugen lassen und eine regelrechte Kampagne gegen Gscheidle geführt, die in der Forderung nach dem Rücktritt des Ministers gipfelte. In einer vertraulichen Regieanweisung hat die Gewerkschaftsführung unter dem Titel „Aktion 15.000“ ihren Mitgliedern eingeschärft, die von Gscheidle geplanten Haushaltskürzungen in jeder Form zu erschweren und die Personalansätze für 1982 zu sprengen. Für diese Woche waren unter anderem eine Unterschriftenaktion und eine Demonstration vor der Arbeitsausschußsitzung in Bonn geplant; die Beschäftigten sind aufgefordert worden, keine freiwilligen Überstunden zu leisten und „Betroffenheit nach außen darzustellen“. Für die kommende Woche hat die Gewerkschaft weitere Aktionstage geplant.

Der Protest der Gewerkschaft blieb auf die SPD-Bundestagsfraktion nicht ohne Eindruck; der Fraktionsvorstand hat eine Empfehlung seiner Arbeitsgruppe Post- und Fernmeldewesen gebilligt, wonach die Post 1982 keinerlei Personaleinsparungen vornehmen und statt dessen ihren Beschäftigtenstand um 6000 Personen erweitern soll.

Gscheidle hatte demgegenüber nach einer Absprache mit Matthöfer 3000 Neueinstellungen (davon 1000 Lehrlinge mit späterer Übernahmegarantie) angeboten. Dieses Angebot war ebenfalls auf den Widerstand der Postgewerkschaft gestoßen.

Bonn gibt das Sparziel bei der Post auf

Ho. BONN, 6. November. Unter dem massiven Druck der Deutschen Postgewerkschaft und der SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung ihr Ziel, im nächsten Jahr das Personal in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes um ein Prozent zu verringern, im Falle der Deutschen Bundespost aufgegeben. Statt den Personalbestand des größten

deutschen Arbeitgebers um 4500 Bedienstete zu verringern, sieht sich Minister Gscheidle jetzt gezwungen, im nächsten Jahr bei der Post 6000 zusätzliche Beschäftigte einzustellen. Die Postgewerkschaft hatte sogar die Neueinstellung von 14.000 neuen Leuten bei der Post gefordert. Nach einer Absprache mit Finanzminister Matthöfer hatte sich Gscheidle

zu einer Aufstockung von höchstens 3000 Beschäftigten bereiterklärt. Aber auch dieses „Angebot“ war von der Postgewerkschaft abgelehnt worden. Nach Verhandlungen zwischen Gscheidle und der Gewerkschaft hatte es am Freitag den Anschein, daß sich der von der SPD-Bundestagsfraktion ausgearbeitete Kompromiß von 6000 Neueinstellungen werde durchsetzen können.



siemens presseinformation+++

Rund um den Erdball wird immer mehr telefoniert. Wie die neueste „Internationale Fernsprechstistik“ von Siemens ausweist, gab es am 1. 1. 1980 weltweit 482 Mill. an das

öffentliche Fernsprechnetzz angeschlossene Telefonapparate –6 % mehr als im Vorjahr. Die meisten Telefone, nämlich 176 Millionen, stehen in den USA, 27 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland, 4,5 Millionen in der Schweiz, 2,8 Millionen in Österreich.



Siemens-Pressbild

*Wir wünschen allen Mitgliedern
und Freunden der VDFP
ein geruhsames Weihnachtsfest
und ein glückliches 1982*

Der Bundesvorstand

Die Redaktion

Intimsphäre schützen

Für den Bundesratsentwurf, der auf den verstärkten Schutz der Intim- und Geheimsphäre gegen eine mißbräuchliche Verwendung von Sendeanlagen — insbesondere sogenannte Minispione — abzielt, hat sich der Wirtschaftsausschuß am 28. Oktober einstimmig ausgesprochen (9/719). In seiner Stellungnahme an den federführenden Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen befürwortet er jedoch die Änderungsvorschläge der Bundesregierung zu den vorgesehenen Strafrechtsbestimmungen.

Keine flächendeckende Verkabelung

Plenum lehnte Oppositionsantrag ab — Gegensätzliche Meinungen

Abgelehnt hat der Bundestag am 29. September einen CDU/CSU-Antrag, wonach der Stopp der für elf deutsche Großstädte vorgesehenen flächendeckenden Breitbandverkabelung unverzüglich aufgehoben werden sollte (9/147). Dieser Stopp war durch Beschluß des Bundeskabinetts im September 1979 ausgesprochen worden.

Im Bericht des federführenden Postausschusses, dessen Empfehlung das Plenum folgte (9/895), wird darauf hingewiesen, daß nach Darstellung der Mehrheit das Projekt seinerzeit auf den Widerspruch der Bundesländer gestoßen war, die eine Präjudizierung ihrer 1978 beschlossenen Pilotprojekte befürchteten. Unter dem Eindruck der medienpolitischen Diskussion und in der Einschätzung, daß die Zukunft der leitungsgebundenen Telekommunikation dem integrierten Breitband-Glasfaser-Netz gehöre, habe die Bundesregierung beschlossen, die Verkabelung nicht durchzuführen. Das dafür vorgesehene Investitionsvolumen sei für den bedarfsgerechten Ausbau von Inselnetzen im gesamten Bundesgebiet eingesetzt worden.

Durch die Entscheidung ist nach Ansicht der Koalition weder ein medienpolitisches Präjudiz geschaffen, noch ein Investitionsstau verursacht worden. Die Bundespost werde auch weiterhin bedarfsgerecht verkabeln. Es sei gesichert, daß die Glasfasertechnik bei Einsatzreife angewendet

werde. Daher sei entgegen dem Antrag eine Revision des Kabinettsbeschlusses aus wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und medienpolitischen Gründen nicht nur nicht notwendig, sondern überflüssig und eher hinderlich.

Demgegenüber vertrat die CDU/CSU im Ausschuß die Ansicht, daß der Verkabelungsstopp angesichts der Notwendigkeit, die Bundesrepublik Deutschland mit einer zeitgemäßen kommunikationstechnischen Infrastruktur auszustatten, gegen die Verpflichtung der Bundespost verstöße, entsprechend dem Postverwaltungsgesetz ihre Anlagen „in gutem Zustand zu erhalten und technisch und betrieblich den Anforderungen des Verkehrs entsprechend weiter zu entwickeln und zu vervollkommen“.

Weiter argumentierte die Opposition, das Verbot der flächendeckenden Breitband-Verkabelung blockiere Investitionsmöglichkeiten von rund 50 bis 60 Milliarden DM für die 80er Jahre und verhindere nach Schätzung der elektronischen Industrie über 100 000 Arbeitsplätze. Der Ausbau und die Entwicklung der neuen Kommunikationstechnologien, die die Chance böten, die Informationsmöglichkeiten für die Bürger zu erweitern und auch neue Dienstleistungsangebote zu öffnen, sei voranzutreiben, um die internationale Wettbewerbssituation der Bundesrepublik Deutschland nicht zu beeinträchtigen.

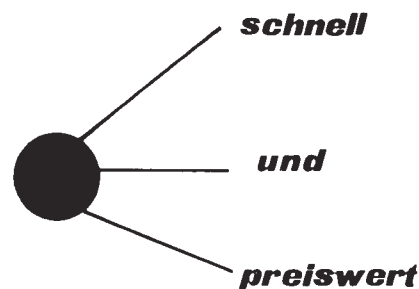
Bericht über Beseitigung von Telefonnetzengpässen

Bis Ende März 1983 soll die Bundesregierung dem Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen darüber berichten, inwieweit es gelungen ist, die auch beim Telefon-Billigtarif vorkommenden Netzengpässe zu beseitigen sowie in welcher Form und mit welchem Erfolg der weitere Ausbau des Netzes vorgenommen wurde. Das beschloß der Bundestag am 29. Oktober auf Empfehlung des Postausschusses (9/921) bei der Beratung über den Bericht der Bundesregierung über die Verkehrs- und Gebühreneinnahmeentwicklung im Selbstwählferndienst seit Einführung des Billigtarifs (9/528). In ihrem Bericht hatte die Bundesregierung festgestellt, daß sich der Billigtarif sowohl hinsichtlich der Verkehrs- als auch der Gebühreneinnahmeentwicklung bewährt habe.

Anschrift

Redaktionsschluß für Ausgabe 1/82:
01. Februar 1982

DRUCKSACHEN



Eifert Druck und Verlag GmbH

7768 Stockach 1 Telefon 07771-1591
Postfach 22 33 Am Hermannsberg 5